



321

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 6

Juni 1982

Grafik des Monats: **Vom Schüler zum Lehrer**
Aufsätze: Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 2 und 3)
Landwirtschaftliche Betriebe
Studenten aus Schleswig-Holstein
Grafik: Altersaufbau der Bevölkerung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		April 1982		Januar bis April 1982	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	175	- 2,7	175	- 2,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	18	- 4,5	18	- 4,2
Löhne und Gehälter	Mill. DM	485	+ 4,4	467	+ 2,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 786	- 1,5	2 718	+ 0,1
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 187	- 6,0	2 185	+ 0,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	599	+ 19,4	533	- 0,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 436	+ 7,4	1 535	+ 5,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 076	+ 14,6	1 124	+ 13,3
aus dem Ausland	Mill. DM	359	- 9,6	411	- 11,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE	149	- 36,9	198	- 18,4
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	49	- 11,6	48	- 13,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. St.	6	- 18,1	4	- 19,0
Löhne und Gehälter	Mill. DM	134	- 14,4	94	- 15,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	299	- 9,5	226	- 17,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	237	- 5,8	196	- 21,8
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 350	- 1,5	947	- 26,2
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	515	+ 1,6	415	- 0,7
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	85 205	+ 61,7	94 085	+ 60,5
		März 1982		Januar bis März 1982	
Ausfuhr	Mill. DM	740	+ 4,9	658	- 5,0
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	733	+ 18,6	649	+ 2,8
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 166	+ 3,3	8 975	+ 2,8
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	35 437	+ 6,9	35 391	+ 7,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 6/82

	Seite
Aktuelle Auslese	121
Aufsätze	
Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982	
Teil 2: Gemeindeergebnisse der Kreiswahl	122
Teil 3: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden .	124
Größe, Ausrichtung und Arbeitskräftebesatz der landwirtschaftlichen Betriebe	128
Die Studenten aus Schleswig-Holstein	136
Grafik des Monats	130
Grafik	
Altersaufbau der Bevölkerung	140
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 1/1982

Kommunalwahlen 1946 bis 1978
Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe
Berufspendler

Heft 2/1982

Repräsentative Dezemberviehzählung
Ausländische Studenten
Wohnverhältnisse 1978

Heft 3/1982

Schleswig-Holstein im Jahre 1981

Heft 4/1982

Umweltstatistiken
Ausländer

Heft 5/1982

Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 1)
Einzelhandelsunternehmen
Blumen und Zierpflanzen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 6

Juni 1982

Aktuelle Auslese



Die Sterbeüberschüsse halten an

Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wächst seit Anfang der siebziger Jahre ausschließlich auf Grund von Wanderungsüberschüssen. 15 200 neue Einwohner wuchsen Schleswig-Holstein 1981 aus Wohnsitzwechseln über die Landesgrenze zu. Da zugleich 7 300 Personen mehr starben als geboren wurden, stieg die Einwohnerzahl des Landes um 7 900 auf 2 619 200.

Geheiratet wurde im letzten Jahr 13 900 mal. Wenn auch die Heiratsneigung der jungen Leute gering blieb, traten doch 400 Paare mehr vor den Standesbeamten als 1980. Da noch einige Jahre lang stärker besetzte Jahrgänge in das Alter treten, in dem die meisten heiraten, ist mit weiter steigenden Eheschließungszahlen zu rechnen.

Die Zahl der Lebendgeborenen ist 1981 nur geringfügig gestiegen. 24 700 Kinder wurden geboren, davon 23 200 als Deutsche und 1 500 als Ausländer, womit sechs von hundert Neugeborenen Ausländer waren. Obwohl rund 100 Kinder mehr geboren wurden als 1980, deuten vorläufige Berechnungen darauf hin, daß die Fruchtbarkeit des Jahres 1981 unter der von 1980 liegt. In nächster Zukunft kann nicht mit deutlich mehr Neugeborenen gerechnet werden als bisher.



Alkoholgenuß immer teurer

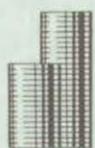
Durch die Erhöhung der Branntweinsteuer am 1. April 1982 verteuerte sich im April der Alkoholgenuß abermals drastisch um bis zu 8,6 % gegenüber dem Vormonat. Erst vor einem Jahr hatte die letzte Erhöhung der Branntweinsteuer zu Preisanhebungen für Spirituosen bis zu 12,2 % geführt. Doppelkorn — das beliebte Getränk des Nordens — verteuerte sich in den letzten 5 Jahren um mehr als 50 %, während der

Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt „nur“ um 29 % stieg.



Nur noch knapp 20 000 Wohnungen im Bauüberhang

Die weiterhin rückläufige Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen und die gleichbleibend zügige Abwicklung anstehender Bauvorhaben ließen den Überhang an Wohnungen zum Jahresende 1981 um 14 % auf 19 941 Einheiten schrumpfen. Davon waren fast zwei Drittel 1981 genehmigt worden, 70 % bereits im Bau und 47 % schon unter Dach, also rohbaufertig. Der Bauvorrat an Nichtwohngebäuden — gemessen am Rauminhalt — war Ende 1981 um 18 % kleiner als zu Jahresbeginn. Für 740 Wohnungen wurden die Baugenehmigungen im vergangenen Jahr von den Bauaufsichtsbehörden zurückgenommen. Insgesamt gesehen und unter Berücksichtigung der zur Zeit abwartenden Haltung vieler Bauherren muß daher für das laufende Baujahr mit einem wesentlich niedrigeren Fertigstellungsergebnis gerechnet werden als in den beiden letzten Jahren.



Insolvenzen werden weiter zahlreicher

In den ersten vier Monaten 1982 wurden bei den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein 214 Konkurse und Vergleiche beantragt, das sind 31 mehr als im gleichen Zeitraum 1981 und 82 mehr als 1980. Von den beantragten Verfahren wurden 46 eröffnet, und zwar 45 Konkurse und ein Vergleich. Bei 168 Konkursen reichte die Masse nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten aus, so daß die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt wurde. Bei fast acht Zehntel der Fälle lag also ein totaler finanzieller Zusammenbruch vor. In den entsprechenden Zeiträumen der Jahre 1981 und 1980 war die Quote etwa gleichhoch gewesen.

Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982

Teil 2: Gemeindeergebnisse der Kreiswahl

Gemeindegrößenklassenergebnisse

Die Wahlberechtigten in den kleinen Gemeinden haben sich wiederum häufiger an der Wahl beteiligt, als die in den großen. Es ergibt sich das aus früheren Wahlen bekannte Bild: Die Wahlbeteiligung sinkt mit wachsender Gemeindegröße. In den Gemeinden unter 250 Einwohner macht sie 83,3 % aus, und in Norderstedt (50 000 und mehr Einwohner) 65,6 %. Im Durchschnitt gingen 75,5 % der Wahlberechtigten der kreisangehörigen Gemeinden zur Wahl. Unter diesem Durchschnitt liegen die Gemeinden ab 5 000 Einwohner. Ein Vergleich mit 1978 zeigt, daß die Wahlbeteiligung in allen Größenklassen zurückgegangen ist. Der Rückgang ist jedoch in den kleineren Gemeinden geringer als in den großen. In Norderstedt ist er viermal größer (9,2 Punkte) als in den Gemeinden unter 250 Einwohner (2,3 Punkte).

Für die meisten Parteien besteht ein Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil. Die Stimmenanteile der CDU sinken im allgemeinen wie bisher mit wachsender Gemeindegröße. In den Gemeinden bis 500 Einwohner erhielt die CDU über sechs Zehntel der gültigen Stimmen und in den Gemeinden bis 3 000 Einwohner verfügt sie über eine deutliche

absolute Mehrheit. In den darüberliegenden Größenklassen liegen ihre Anteile knapp unter oder über der 50 %-Marke. Nur in den Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern blieb sie mit 46,8 % deutlich darunter. Allein in der Größenklasse 750 bis 1 000 Einwohner ging der Stimmenanteil der CDU gegenüber 1978 etwas zurück (0,4 Punkte). In den anderen Größenklassen streuen die Gewinne zwischen 0,1 Punkten (unter 250 und 3 000 bis 5 000 Einwohner) und 4,5 Punkten (50 000 und mehr Einwohner). Es ist kein Zusammenhang zwischen Größenklasse und Veränderung feststellbar.

Die SPD mußte in allen Größenklassen mehr oder weniger große Verluste hinnehmen. Es bleibt jedoch die Tendenz erhalten, daß die SPD-Anteile mit wachsender Gemeindegröße steigen. Ihre Anteile liegen in allen Größenklassen recht deutlich unter denen der CDU. Im Durchschnitt macht der Rückstand 18,6 Punkte aus, bei den Gemeinden unter 250 Einwohner sind es 39,8 Punkte und im günstigsten Fall 10,4 Punkte (Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohner). Im Gegensatz zu 1978 kam die SPD in keiner Größenklasse auf einen Anteil von 40 %. In Gemeinden unter 750 Einwohner blieb sie sogar unter 30 %.

Stimmverteilung der Kreiswahl 1982 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Prozentuale Stimmenanteile der							
	CDU		SPD		FDP		Grüne	Wählergruppen
	1978	1982	1978	1982	1978	1982	1982	1982
Unter 250	62,9	63,0	27,4	23,2	5,9	6,1	2,0	4,3
250 — 500	59,9	60,7	31,6	26,9	5,7	5,3	2,3	3,3
500 — 750	57,6	58,4	32,9	29,6	6,2	4,9	2,7	2,4
750 — 1 000	56,1	55,7	34,3	30,3	6,2	5,8	3,0	2,6
1 000 — 2 000	53,4	55,0	35,7	30,7	7,6	6,4	3,3	2,2
2 000 — 3 000	51,2	52,8	37,1	32,1	8,5	8,0	2,6	2,1
3 000 — 5 000	50,0	50,1	40,1	34,9	8,1	7,7	2,8	2,2
5 000 — 10 000	48,5	49,4	39,5	34,1	8,1	8,0	3,3	1,9
10 000 — 20 000	49,1	50,1	41,4	35,3	8,6	8,2	2,7	1,7
20 000 — 50 000	46,0	46,8	42,1	36,4	8,2	8,1	4,7	1,9
50 000 — 100 000	46,2	50,7	42,0	34,4	10,7	8,9	5,3	—
Kreisangeh. Gemeinden zus.	50,9	51,8	38,5	33,2	7,9	7,4	3,3	2,1

Auch die FDP schnitt in den größeren Gemeinden besser ab als in den kleinen. Ihre Anteile sind in den Gemeinden ab 2 000 Einwohner überdurchschnittlich und am größten in Norderstedt (50 000 und mehr Einwohner) mit 8,9 %. Bis auf die kleinsten Gemeinden, wo sie einen geringen Zuwachs aufweist, gingen ihre Anteile in allen Größenklassen gegenüber 1978 zurück. In Norderstedt waren die Verluste mit 1,8 Punkten am größten, während es im Durchschnitt 0,5 Punkte gewesen sind.

Die Grünen vereinigten 3,3 % der gültigen Stimmen auf sich. Bei ihnen ist kein durchgehender Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil erkennbar, obwohl sie in den kleinsten Gemeinden am schlechtesten und in den größten am besten abschnitten. Anders sieht es bei den Wählergruppen aus. Dort ist ein Gefälle zwischen kleinen und großen Gemeinden feststellbar. Ihre Anteile streuen zwischen 4,3 % in der untersten Größenklasse und 1,7 % in der mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern.

Besondere Gemeindeergebnisse

Eine hundertprozentige Wahlbeteiligung tritt sehr selten auf und dann auch nur in kleinen Gemeinden. Bei der diesjährigen Kreiswahl ist dieser Fall in zwei Gemeinden eingetreten. Alle Wahlberechtigten der Gemeinde Dahmker (57 Wähler) im Kreis Hzgt. Lauenburg und der Gemeinde Wiedenborstel (4) im Kreis Steinburg gingen zur Wahl. Vor vier Jahren sind es fünf Gemeinden gewesen, zu denen Wiedenborstel gehörte. Fast hundertprozentig war die Wahlbeteiligung in den Gemeinden Brunsmark (67 von 68 Wahlberechtigten) und Großboden (114 von 117) im Kreis Hzgt. Lauenburg und Aebtissinwisch (55 von 56) im Kreis Steinburg. Dagegen machte die Wahlbeteiligung in Bekdorf (87 Wahlberechtigte) im Kreis Steinburg nur 58,6 % aus und in Hillgroven (61,2 %), Kreis Dithmarschen, sowie Norderhackstedt (62,0 %), Kreis Schleswig-Flensburg, war sie auch nicht viel größer.

Ebenso selten wie eine hundertprozentige Wahlbeteiligung kommt es vor, daß eine Partei alle Stimmen in einer Gemeinde erhält. Bei der Kreiswahl 1982 ist dies der CDU in zwei Gemeinden gelungen. In Süderhöft (15 Wahlberechtigte), Kreis Nordfriesland, und Wiedenborstel (4 Wahlberechtigte), Kreis Steinburg, erhielt sie alle Stimmen. In weiteren 5 Gemeinden, die alle weniger als 100 Wahlberechtigte aufweisen, kam die CDU auf über neun Zehntel der Stimmen. An der Spitze liegt dabei Kollmoor im Kreis Steinburg mit 94,1 %. In weiteren 80 Gemeinden belief sich der

CDU-Anteil auf über drei Viertel und weiteren 763 Gemeinden auf über die Hälfte.

In weiteren 220 Gemeinden erhielt die CDU zwar weniger als die Hälfte der gültigen Stimmen, ist aber die stärkste Partei. Die CDU liegt also in 1 070 der 1 125 kreisangehörigen Gemeinden an der Spitze. Unter den Gemeinden mit absoluter CDU-Mehrheit befinden sich 18 der 43 kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und zwar:

	1982	1978
Bad Schwartau	51,0	51,9
Bad Segeberg	54,2	52,1
Halstenbek	51,7	51,0
Heide	52,5	51,7
Kaltenkirchen	53,3	48,6
Kronshagen	58,0	54,2
Malente	51,3	53,6
Mölln	50,5	50,2
Norderstedt	50,7	46,2
Plön	57,8	57,7
Quickborn	53,5	53,0
Ratzeburg	56,1	58,5
Reinbek	50,7	50,2
Rellingen	55,0	52,8
Scharbeutz	51,3	52,3
Stockelsdorf	52,0	50,0
Timmendorfer Strand	54,7	55,6
Wentorf bei Hamburg	56,9	57,9

In den meisten von diesen Gemeinden konnte die CDU ihre Stimmenanteile gegenüber 1978 verbessern. In Kaltenkirchen und Norderstedt baute sie ihre relative Mehrheit in eine absolute aus. Demgegenüber verlor sie in Bad Oldesloe und Eutin die absolute Mehrheit.

Die CDU erhielt bei der Kreiswahl in allen Gemeinden Stimmen und nur in vier blieb sie unter einem Anteil von 30 % und zwar im Kreis Nordfriesland in den Gemeinden Grothusen-Koog (28,6 %) und Vollerwiek (24,2 %) sowie Wendtorf (29,3 %) im Kreis Plön und in Arnis (29,5 %) im Kreis Schleswig-Flensburg.

Die SPD ist in 55 (1978: 111) Gemeinden aus der Kreiswahl 1982 als stärkste Partei hervorgegangen. In zwei von ihnen erhielt sie über sechs Zehntel der gültigen Stimmen: Krempel, Kreis Dithmarschen, mit 63,2 % (1978: 66,9 %) und Wendtorf, Kreis Plön, mit 61,6 % (1978: 70,3 %). In weiteren 16 Gemeinden verfügt die SPD über die absolute Mehrheit (1978:

63 Gemeinden). Die größte unter ihnen ist Schacht-Audorf, Kreis Rendsburg-Eckernförde, mit 3 034 Wahlberechtigten. Demgegenüber erhielt die SPD in 634 der 1 125 kreisangehörigen Gemeinden weniger als 30 % der Stimmen und in fünf sogar keine. Es sind dies Bergwöhrden, Kreis Dithmarschen, Süderhöft, Kreis Nordfriesland, Friedrichsgraben, Kreis Rendsburg-Eckernförde, sowie Kollmoor und Wiedenborstel im Kreis Steinburg.

Die FDP erhielt in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 43,8 % die meisten Stimmen und in vier weiteren Gemeinden über ein Viertel der Stimmen. Demgegenüber ging sie in 19 Gemeinden leer aus.

Der SSW ist bei der Kreiswahl 1982 in keiner Gemeinde stärkste Partei und nur in Harrislee, Kreis Schleswig-Flensburg, entfiel auf ihn wie bei der vorangegangenen Kreiswahl über ein Viertel der Stimmen (26,3 %).

Auch von den anderen Parteien und Wählergruppen konnte keine in einer Gemeinde die meisten Stimmen

auf sich vereinigen. Ihre besten Ergebnisse lauten wie folgt:

Grüne Liste: 10,2 % in Schaßhagen, Kreis Ostholstein

DKP: 8,4 % in Barmstedt, Kreis Pinneberg

Grüne: 16,3 % in Neu-Duvenstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde

Wählergruppen: 36,8 % in Krummendiek, Kreis Steinburg, für die Grüne Liste unabhängiger Wähler.

Ergebnisse für jede einzelne Gemeinde werden im Statistischen Bericht B VII 3 - 5/82 „Endgültiges Ergebnis“ veröffentlicht.

Vergleiche auch: „Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978“ (Teil 3: Gemeindeergebnisse) in dieser Zeitschrift, Heft 6/1978, S. 134.

Teil 3: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden

Wahlsystem

Die Wahlberechtigten der kreisangehörigen Gemeinden wählen bei jeder Kommunalwahl zwei Vertretungen. Einmal entscheiden sie über die Zusammensetzung des Kreistages und zum anderen über die ihrer Gemeindevertretung. Die Ergebnisse der Kreiswahl sind in Teil 1 und 2 dieses Aufsatzes dargestellt worden. Hier sollen die Ergebnisse der Gemeindewahl beschrieben werden. Das Wahlsystem ist, wie das der anderen Wahlen, eine Mischung aus Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Die Vertretungen der Gemeinden werden aus den in den Wahlbezirken durch Mehrheitswahl und den aus der Gemeindeliste durch Verhältniswahl gewählten Vertretern gebildet. Die Anzahl der Vertreter richtet sich nach der Größe der Gemeinde. In Gemeinden bis zu 70 Einwohnern wird keine Gemeindevertretung gewählt. An ihre Stelle tritt die Gemeindeversammlung, an der alle Bürger teilnehmen können. Das trifft 1982 für 23 Gemeinden zu. Wieviel Vertreter in den anderen Gemeinden zu wählen sind, ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

Anzahl der zu wählenden Vertreter und Stimmen

Einwohner	Vertreter insgesamt	Unmittelbare Vertreter	Listenvertreter	Stimmen je Wähler
71 — 200	7	4	3	4
201 — 750	9	5	4	5
751 — 1 250	11	6	5	6
1 251 — 2 000	13	7	6	7
2 001 — 5 000	17	9	8	3
5 001 — 10 000	19	10	9	2
10 001 — 15 000	23	12	11	1
15 001 — 25 000	27	15	12	1
25 001 — 35 000	31	17	14	1
35 001 — 45 000	35	19	16	1
45 001 und mehr	39	21	18	1

Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie unmittelbare Vertreter im Wahlbezirk zu wählen sind. Da die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner nicht in so viele Wahlbezirke eingeteilt werden wie unmittelbare Vertreter zu wählen sind, müssen hier in einem Wahlbezirk mehrere Vertreter gewählt werden, und

dafür haben die Wahlberechtigten bis zu 7 Stimmen. Die Gemeinden mit 71 bis 2 000 Einwohner bilden einen Wahlbezirk, die mit 2 001 bis 5 000 Einwohner drei Wahlbezirke und die mit 5 001 bis 10 000 Einwohner fünf Wahlbezirke. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern werden so viele Wahlbezirke gebildet, wie unmittelbare Vertreter zu wählen sind. Die daraus sich ergebende Anzahl der Stimmen je Wähler ist in der letzten Spalte der obigen Tabelle angegeben. Ein Kumulieren, daß heißt das Abgeben aller Stimmen für einen Bewerber, ist nicht möglich. Wie die Listensitze und damit die Gesamtzahl der Sitze verteilt werden, ist im Teil 1 dieses Aufsatzes (Heft 5) ausführlich beschrieben worden.

Bei der Gemeindewahl in kreisangehörigen Gemeinden ist wegen des Mehrstimmenrechts in den kleineren Gemeinden eine Beschreibung der Stimmenverteilung wenig aussagefähig; im folgenden wird daher nur die Sitzverteilung dargestellt.

In den Gemeinden waren insgesamt 12 288 Vertreter zu wählen. Gewählt wurden am 7. März 1982 aber 12 380. Dies ist auf zusätzliche Sitze zurückzuführen. Es sind nämlich 92 zusätzliche Sitze entstanden, von denen 63 Mehrsitze waren und 29 sogenannte weitere Sitze. Unausgenutzte Listensitze hat es, wie 1978, nicht gegeben. Solche Sitze entstehen, wenn eine Partei weniger Listenkandidaten aufgestellt hat, als ihr nach dem Wahlergebnis zustehen würden.

Gesamtergebnisse

Die Gemeindewahlen haben wegen der Überschaubarkeit des Wahlgebietes einen anderen Charakter als alle anderen Wahlen. Hier im engen Rahmen einer Gemeinde, wo — besonders in den kleineren — jeder fast jeden kennt, tritt mehr der einzelne als die Partei in den Vordergrund. Deshalb stellen sich sehr häufig Wählergruppen und Einzelbewerber anstelle einer oder mehrerer Parteien zur Wahl.

Die Anzahl der Wählergruppen hat sich gegenüber 1978 erhöht. Zur Gemeindewahl 1982 kandidierten 1 038 Wählergruppen, während es vor vier Jahren 999 gewesen sind. Es gibt aber weniger Einheitslisten. In 260 (1978: 316, 1974: 381) Gemeinden kandidierte nur eine Wählergruppe und keine andere Partei. Bei den ersten Kommunalwahlen nach dem Kriege wurde in solchen Gemeinden keine Wahl durchgeführt, sondern die entsprechende Anzahl von Kandidaten galt als gewählt. In 164 (1978: 144) Gemeinden beteiligten sich mehrere Wählergruppen an der Wahl. Darunter be-

finden sich 13 Gemeinden mit drei Wählergruppen und zwei Gemeinden mit vier Wählergruppen.

Die Wählergruppen haben 1982 mehr Sitze errungen als vor vier Jahren. Sie erhielten 5 167 oder 41,7 % der Sitze gegenüber 5 094 oder 41,5 %. In 536 oder fast der Hälfte der 1 102 Gemeinden, in denen gewählt wurde, stellen die Wählergruppen die Mehrheit. In 374 oder einem Drittel der Gemeinden bilden sie die Gemeindevertretung allein. Sie haben also in 114 Gemeinden, in denen sie mit anderen Parteien konkurrierten, alle Sitze errungen. Demgegenüber sind die Wählergruppen in 245 oder einem Viertel aller Gemeinden nicht vertreten, obwohl sie in 6 davon Kandidaten aufgestellt hatten.

Die politischen Parteien bleiben aus den angeführten Gründen weit hinter ihren sonst üblichen Anteilen zurück. Die CDU bekam 4 181 oder 33,8 % der Sitze gegenüber 54,4 % bei der Kreiswahl. Sie verbesserte sich gegenüber 1978 um 213 Sitze oder 1,5 Prozentpunkte, was teilweise darauf zurückzuführen ist, daß sie in mehr Gemeinden kandidierte als 1978. Sie beteiligte sich nämlich in 627 anstelle von 608 Gemeinden an der Wahl. Sie war in diesen Gemeinden recht erfolgreich. Sie brachte überall Vertreter durch und verfügt in 342 oder gut der Hälfte dieser Gemeinden über die absolute Mehrheit und in sieben davon errang sie sogar alle Sitze. Vor vier Jahren sind es 306 und elf Gemeinden gewesen. Unter den Gemeinden mit absoluter CDU-Mehrheit befinden sich neun mit 15 000 und mehr Einwohnern und zwar, wie 1978, Bad Oldesloe, Bad Schwartau, Heide und Reinbek, während Halstenbek, Henstedt-Ulzburg, Itzehoe, Mölln und Norderstedt hinzugekommen sind und in Eutin, Quickborn, Preetz und Neustadt in Holstein die absolute Mehrheit verlorenging. In 475 Gemeinden ist die CDU nicht vertreten, weil sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte.

Die SPD erhielt 2 597 oder 21,0 % der Sitze (Kreiswahl: 33,9 %). Sie verschlechterte sich gegenüber 1978 um 212 Sitze oder 1,9 Prozentpunkte, obwohl sie in 608 statt 602 Gemeinden kandidierte. Die SPD bekam in allen Gemeinden Sitze, in denen sie Bewerber aufgestellt hatte. Sie verfügt aber nur in 39 (1978: 56) von diesen über die absolute Mehrheit. Während sie 1978 noch in einer Gemeinde (Havekost, Kreis Hztg. Lauenburg) die Gemeindevertretung allein stellte, ist es ihr dieses Mal in keiner gelungen. Unter den Gemeinden mit absoluter Mehrheit befindet sich keine mehr, die mehr als 15 000 Einwohner hat, 1978 ist dies noch in Eckernförde und Uetersen der Fall gewesen. In Eckernförde verlor die SPD zwei Sitze und liegt jetzt

(beide 12 Sitze) mit der CDU gleich auf, die ihre Sitzzahl hielt. In Uetersen verlor die SPD zwar nur einen Sitz und bleibt stärkste Fraktion, die 13 Sitze reichen aber bei insgesamt 27 Sitzen nicht zur absoluten Mehrheit. In 494 oder 45 % der Gemeinden ist die SPD nicht vertreten, weil sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte.

Die FDP erzielte nur 323 oder 2,6 % der Sitze, während es bei der Kreiswahl immerhin 6,4 % gewesen sind. Sie erhöhte ihre Sitze um 17 oder 0,1 Prozentpunkte, obwohl sie in weniger Gemeinden Kandidaten aufgestellt hatte als vor vier Jahren. Damals bewarb sie sich in 209 Gemeinden um Sitze und dieses Mal in 200. Die FDP ist also in 902 oder vier Fünfteln der Gemeinden nicht vertreten. In den Gemeinden, in denen sie Kandidaten aufgestellt hat, errang sie auch Sitze. Auf die absolute Mehrheit kam sie jedoch wie 1978 nur in Grödersby, Kreis Schleswig-Flensburg, mit 5 von 9 Sitzen.

Der SSW, der nur in 66 Gemeinden (1978: 59) kandidierte, erhielt 79 Sitze und verbesserte sich gegenüber 1978 um 10 Sitze. Die Grüne Liste Schleswig-Holstein konnte nur in drei Gemeinden gewählt werden und erhielt in einer, in Glücksburg (Kreis Schleswig-Flensburg), 2 Sitze. Die DKP, die sich in 8 Gemeinden bewarb, verteidigte in Barmstedt, Kreis Pinneberg, ihre 2 Sitze. Die Grünen erhielten in 8 Gemeinden, in denen sie antraten, insgesamt 6 Sitze und zwar in Ahrensburg (1), Bad Oldesloe (1) und Bargteheide (1) im Kreis Stormarn, in Burg (1) im Kreis Dithmarschen und in Wedel (2) im Kreis Pinneberg. Außerdem kamen

noch 23 Einzelbewerber (1978: 26) zum Zuge. Die in Giekau, Kreis Plön, kandidierende Bürgerpartei erhielt keinen Sitz.

Sitzverteilung in den Kreisen

Faßt man die Gemeindeergebnisse in den jeweiligen Kreisen zusammen, so ergibt sich, daß die Wählergruppen in den Kreisen Dithmarschen, Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland und Steinburg wie 1978 mehr als die Hälfte der Sitze inne haben. Am besten schnitten die Wählergruppen im Hzgt. Lauenburg mit 57,7 % der Sitze ab. Demgegenüber erhielten sie in Ostholstein und Pinneberg nur 7,3 % und 17,1 % der Sitze. Die CDU konnte folglich nur in diesen beiden Kreisen annähernd ihr Ergebnis von der Kreiswahl erreichen. Sie erhielt in Ostholstein 51,3 % der Sitze und in Pinneberg 47,7 %. Über vier Zehntel der Sitze entfielen auf die CDU außerdem noch in Segeberg (41,4 %) und Stormarn (42,2 %), während sie im Hzgt. Lauenburg und Nordfriesland unter einem Viertel blieb. Bemerkenswert ist, daß die CDU fast die Hälfte aller unmittelbaren Sitze gewann. Von den CDU-Sitzen sind beinahe acht Zehntel unmittelbar errungen worden. Die SPD erhielt nur in Ostholstein (37,3 %), Pinneberg (30,4 %) und Plön (28,5 %) über ein Viertel der Sitze. Sie brachte nur ein Viertel ihrer gewählten Vertreter direkt durch. Die Sitzanteile der SPD sind in allen Kreisen deutlich niedriger als die der CDU. Bei der FDP heben sich nur die Anteile in Segeberg (5,0 %) und Stormarn (4,9 %) etwas heraus. Gerade jeder dreißigste FDP-Vertreter ist ein Direktbewerber. Von den übrigen Parteien

Sitzverteilung der Gemeindewahl 1982 in den Kreisen

Kreis	Sitze in den Gemeinde- vertretungen insgesamt	Davon entfallen auf							Wähler- gruppen	Einzel- bewerber
		CDU	SPD	FDP	GRL	SSW	DKP	GR		
Dithmarschen	1 160	292	209	22	—	—	—	1	635	1
Hzgt. Lauenburg	1 285	304	216	21	—	—	—	—	741	3
Nordfriesland	1 396	331	224	36	—	27	—	—	761	17
Ostholstein	643	330	240	26	—	—	—	—	47	—
Pinneberg	759	362	231	32	—	—	2	2	130	—
Plön	934	355	266	16	—	—	—	—	297	—
Rendsburg-Eckernförde	1 792	633	376	43	—	1	—	—	739	—
Schleswig-Flensburg	1 500	528	256	25	2	51	—	—	638	—
Segeberg	1 081	447	194	54	—	—	—	—	386	—
Steinburg	1 100	291	208	12	—	—	—	—	587	2
Stormarn	730	308	177	36	—	—	—	3	206	—
Insgesamt	12 380	4 181	2 597	323	2	79	2	6	5 167	23
in %	100	33,8	21,0	2,6	0,0	0,6	0,0	0,0	41,7	0,2
dagegen 1978	100	32,3	22,9	2,5	—	0,6	0,0	—	41,5	0,2

erreichte allein der SSW in einem Kreis mehr als 1 % der Sitze und zwar in Nordfriesland (1,9 %) und Schleswig-Flensburg (3,4 %).

Sitzverteilung in den Gemeindegrößenklassen

Das Schwergewicht der Wählergruppen liegt in den kleineren Gemeinden. Hier weisen sie nicht nur die größten Stimmenanteile auf, sondern stellen auch in vielen Gemeinden die gesamte Gemeindevertretung. Ihr Gewicht sinkt mit wachsender Gemeindegröße und dementsprechend steigt das der politischen Parteien. In den Gemeinden bis 250 Einwohner gingen neun Zehntel der Sitze an die Wählergruppen und in den Gemeinden zwischen 250 und 500 Einwohnern drei Viertel. In den Gemeinden ab 750 Einwohner sinkt der Anteil der Wählergruppen unter ihren Landesdurchschnitt von 41,7 % und erreicht, von Norderstedt abgesehen (50 000 bis 100 000 Einwohner), bei den Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern seinen tiefsten Stand mit 3,0 %.

Da die CDU in den kleineren Gemeinden nur selten aufgetreten ist, sind hier ihre Stimmenanteile sehr gering. In den Gemeinden unter 250 Einwohner kam die CDU nur auf einen Anteil von 7,1 %. Ihr Anteil steigt fast kontinuierlich mit wachsender Gemeindegröße. In den Größenklassen 3 000 bis 5 000, 10 000 bis 20 000 und 50 000 bis 100 000 Einwohner erhielt sie über die Hälfte der Sitze. Dies war ihr 1978 in keiner Größenklasse gelungen. Ihre Anteile sind in allen Größenklassen höher als die der SPD.

Die Anteile der SPD steigen ebenfalls fast kontinuierlich mit wachsender Gemeindegröße von 2,2 % (unter 250 Einwohner) bis 39,5 % (20 000 bis 50 000 Einwohner) und gehen in Norderstedt¹ auf 35,9 % zurück.

1) einzige Gemeinde in der Größenklasse „50 000 – 100 000“

Sitzanteile der Parteien bei der Gemeindewahl 1982 in den Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Sitze insgesamt	Darunter entfallen in % auf				Wählergruppen
		CDU	SPD	FDP		
Unter 250	1 546	7,1	2,2	0,5	89,5	
250 – 500	2 381	16,4	7,6	0,1	75,4	
500 – 750	1 584	29,5	17,9	0,2	51,8	
750 – 1 000	1 424	36,4	22,9	1,2	38,6	
1 000 – 2 000	1 974	49,3	27,8	3,0	19,0	
2 000 – 3 000	773	47,3	31,3	5,7	14,6	
3 000 – 5 000	691	50,9	35,5	6,2	5,6	
5 000 – 10 000	855	49,4	34,6	6,9	6,7	
10 000 – 20 000	718	51,4	37,7	7,7	3,1	
20 000 – 50 000	395	48,4	39,5	7,1	3,0	
50 000 – 100 000	39	53,8	35,9	10,3	–	
Insgesamt	12 380	33,8	21,0	2,6	41,7	

Die Anteile der SPD sind in allen Größenklassen gegenüber 1978 gesunken. Vor vier Jahren hatte die SPD noch in allen Größenklassen ab 10 000 Einwohner über vier Zehntel der Sitze erhalten.

Auch bei der FDP sind die Sitzanteile in den großen Gemeinden höher als in den kleinen. Den höchsten Anteil erreichte sie, von Norderstedt abgesehen (10,3 %), in den Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohner (7,7 %). In den Gemeinden bis 750 Einwohner blieb die FDP unter einem Anteil von einem Prozent.

Walter Dahms

Ergebnisse für jede Gemeinde sind in dem Statistischen Bericht B VII 3 - 5/82 „Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982 in Schleswig-Holstein – Endgültiges Ergebnis“ veröffentlicht.

Vergleiche auch: „Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978“ (Teil 4: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden) in dieser Zeitschrift, Heft 7/1978, S. 158.

Größe, Ausrichtung und Arbeitskräftebesatz der landwirtschaftlichen Betriebe

Im Mai 1979 wurden in Schleswig-Holstein rd. 33 300 Betriebe der Hauptproduktionsrichtung (HPR) Landwirtschaft mit 1 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) ermittelt. Davon waren 33 100 Betriebe in der Hand natürlicher Personen und rd. 200 in der Hand juristischer Personen.

Bei der Gliederung nach der Hauptproduktionsrichtung (HPR) werden zwei Betriebsgruppen unterschieden: landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe. Die Zuordnung richtet sich nach den vorhandenen Flächen: Betriebe ohne Waldfläche und Betriebe, deren Waldfläche das Zehnfache ihrer LF nicht übersteigt, zählen zu den landwirtschaftlichen Betrieben; auch die Gartenbaubetriebe gehören dazu. Betriebe, deren Waldfläche mehr als das Zehnfache ihrer LF ausmacht, sind Forstbetriebe. Neben den bereits erwähnten 33 300 landwirtschaftlichen Betrieben gab es 1979 in Schleswig-Holstein rd. 1 600 Forstbetriebe (ab 1 ha Waldfläche), in der Mehrzahl kleine Forstbetriebe mit weniger als 50 ha Wald.

Eine andere Gliederung wird seit 1971 in der Betriebssystematik angewandt, nämlich nach drei Bereichen: Landwirtschaft, Gartenbau, Forst. Außerdem richtet sich hier die Zuordnung nicht nach den Flächen, sondern nach den Anteilen der Standarddeckungsbeiträge (etwa: Einnahmen abzüglich betriebszweiggebundene Sachkosten) der einzelnen Betriebszweige. Das Verfahren wurde im Statistischen Monatsheft Schleswig-Holstein vom Mai 1973 ausführlich beschrieben.

Darüber hinaus wurden 1979 noch knapp 2 300 landwirtschaftliche Betriebe mit weniger als 1 ha LF ermittelt, deren natürliche Erzeugungseinheiten (Viehbestände oder gartenbaulich genutzte Fläche) eine marktfähige Produktion im Werte von etwa 4 000 DM oder mehr erwarten ließen. Die 2 300 Betriebe sollen bei den weiteren Untersuchungen weitestgehend unberücksichtigt bleiben.

Von 1960 bis 1979 hat mit dem allgemeinen Strukturwandel in der Landwirtschaft die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 1 und mehr ha LF von gut 54 000 um 20 900 Einheiten abgenommen, danach nur noch um jährlich etwa 300. Hierbei nahm die Zahl der Betriebe mit weniger als 40 ha LF per Saldo ab, während die Zahl der Betriebe mit 40 und mehr ha von Jahr zu Jahr zunahm. In den letzten Jahren stagniert auch bereits die Zahl der Betriebe der Größenklasse 40 bis 50 ha LF.

Bei Beurteilung dieser — vorerst nur grob angedeuteten — Veränderungen sollte nicht übersehen werden, daß sich mehr und andere Veränderungen zwischen den Größenklassen ereignen, als in den jährlichen

Salden zum Ausdruck kommt. Über diese Veränderungen soll in einem späteren Aufsatz berichtet werden.

Im gleichen Zeitraum — also 1960 bis 1979 — ging die Zahl der im **Betrieb oder Haushalt** beschäftigten Familienarbeitskräfte von 132 000 auf 77 500 Personen, darunter die Zahl der vollbeschäftigten Männer von knapp 54 000 auf 26 600 zurück. Die Zahl der im **Betrieb oder Haushalt** ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte sank im gleichen Zeitraum von 40 000 auf knapp 9 400, darunter 29 600 und 7 400 Männer.

Vor einer detaillierten Analyse der bisherigen und voraussichtlichen Entwicklung sollen einige wesentliche Strukturdaten über die landwirtschaftlichen Betriebe 1979 untersucht und erläutert werden.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe und Gartenbaubetriebe 1979 nach der Betriebssystematik

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe der Bereiche Landwirtschaft und Gartenbau zusammen	Davon in %			
		Betriebsbereich Gartenbau	Betriebsbereich Landwirtschaft, und zwar mit der Betriebsform ...		
			Marktfreucht-betrieb	Futterbau-betrieb	Veredlungs-betrieb
1 — 2	2 807	7,5	11,8	58,1	20,0
2 — 10	5 315	9,0	16,1	57,9	13,2
10 — 20	4 083	2,6	16,3	68,7	7,3
20 — 30	5 326	0,7	12,7	77,3	4,8
30 — 50	8 898	0,3	13,8	77,0	3,6
50 und mehr	6 294	0,3	39,0	53,5	1,8
darunter 100 und mehr	1 036	0,7	75,6	18,9	0,9
Zusammen	32 723	2,7	19,0	66,8	6,9

Da in die nachfolgenden Untersuchungen jeweils die Betriebe der Hauptproduktionsrichtung (HPR) Landwirtschaft ab 1 ha LF einbezogen werden, zu denen auch Gartenbaubetriebe, nicht aber Forstbetriebe

zählen, wurden in der obigen Übersicht die Bereiche Landwirtschaft und Gartenbau zusammengefaßt. Die Gesamtzahl der Betriebe dieser beiden Bereiche ab 1 ha LF (gut 32 700) stimmt annähernd mit der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF nach HPR (rd. 33 200) überein und umfaßt im wesentlichen dieselben Betriebe.

Wie die Übersicht zeigt, ist die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe stark abhängig von ihrer Flächenausstattung. In den flächenarmen Betrieben haben der Gartenbau und die tierische Veredlung besondere Bedeutung.

Überwiegende Betriebsform ist in allen Betriebsgrößenklassen der Futterbau. Diese Betriebsform ist in den mittleren Betriebsgrößen (10 bis 50 ha LF) am stärksten verbreitet. Lediglich in der Größenklasse 100 und mehr ha LF tritt der Futterbau in Verbindung mit der Rindviehhaltung zugunsten des Marktfruchtbaus zurück.

Wirtschaftliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe¹ 1979

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe insgesamt	Davon in % mit einem Standardbetriebseinkommen von ...			
		weniger als 12 000 DM	12 000 bis unter 25 000 DM	25 000 bis unter 50 000 DM	50 000 DM und mehr
1 - 2	2 963	92,2	2,6	3,4	1,8
2 - 10	5 496	81,9	8,0	3,1	7,0
10 - 20	4 123	30,0	35,1	29,4	5,5
20 - 30	5 341	5,5	13,8	55,8	24,9
30 - 50	8 910	1,2	2,8	21,7	74,3
50 und mehr	6 274	0,5	1,0	3,4	95,1
darunter 100 und mehr	1 015	0,5	1,0	1,2	97,3
Zusammen	33 107	26,9	9,1	20,0	44,0

1) Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft (einschließlich Gartenbaubetriebe)

Wenngleich die landwirtschaftlich genutzte Fläche immer noch die wichtigste Kennzahl für die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe ist, bietet sie keine umfassende und für alle Betriebe gültige Einstufung. Die wirtschaftliche Größe der Betriebe wird daher zutreffender durch das Standardbetriebseinkommen (StBE) zum Ausdruck gebracht.

Das Standardbetriebseinkommen wird aufgrund der Anbauflächen und Viehbestände mit Hilfe von angenommenen durchschnittlichen Ertrags- und Aufwandgrößen je Flächeneinheit oder Tier — größtenteils regional differenziert — und Abzug von durchschnittlichen Festkosten je Betrieb errechnet. Der auf diese Weise ermittelte Wert stellt nicht das tatsächliche individuelle Betriebseinkommen dar, sondern eine durch viele Normgrößen und Annahmen geprägt kalkulatorische Größe. Das Standardbetriebseinkommen eignet sich lediglich als Maßstab für die wirtschaftliche Größe der Betriebe und als Gliederungskriterium, nicht jedoch zur Beurteilung der effektiven Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber (Ausführliche Erläuterungen der Berechnungsverfahren wurden — für 1971 — im Statistischen Monatsheft Mai 1973 sowie — für 1979 — im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1979-6 veröffentlicht).

Gut ein Viertel aller Betriebe hat eine wirtschaftliche Größe von weniger als 12 000 DM StBE. Dabei wird zwar im allgemeinen eine enge Beziehung der Höhe des StBE zur landwirtschaftlich genutzten Fläche sichtbar, jedoch kann auch bei geringer Flächenausstattung dank großer Viehbestände oder gärtnerischer Spezialkulturen ein großes StBE erreicht werden, wie andererseits auch trotz größerer Fläche infolge sehr extensiver Nutzung der Flächen das StBE niedrig sein kann.

Landwirtschaftliche Betriebe¹ 1979 nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens und überwiegender Einkommensquelle der Inhaber

Größenklasse nach dem Standardbetriebseinkommen	Betriebe in der Hand von natürlichen Personen	Darunter Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichem Einkommen ²	Davon Betriebe, in denen Betriebsinhaber oder Ehegatte	
			anderweitig erwerbstätig waren	nicht anderweitig erwerbstätig waren
%				
unter 5 000 DM	8 268	90	62	27
5 000 - 10 000 DM	1 854	70	58	12
10 000 - 20 000 DM	2 636	45	40	4
20 000 - 30 000 DM	2 432	20	18	2
30 000 - 50 000 DM	5 504	6	5	1
50 000 und mehr DM	14 650	2	2	1
Insgesamt	35 344^a	31	23	8

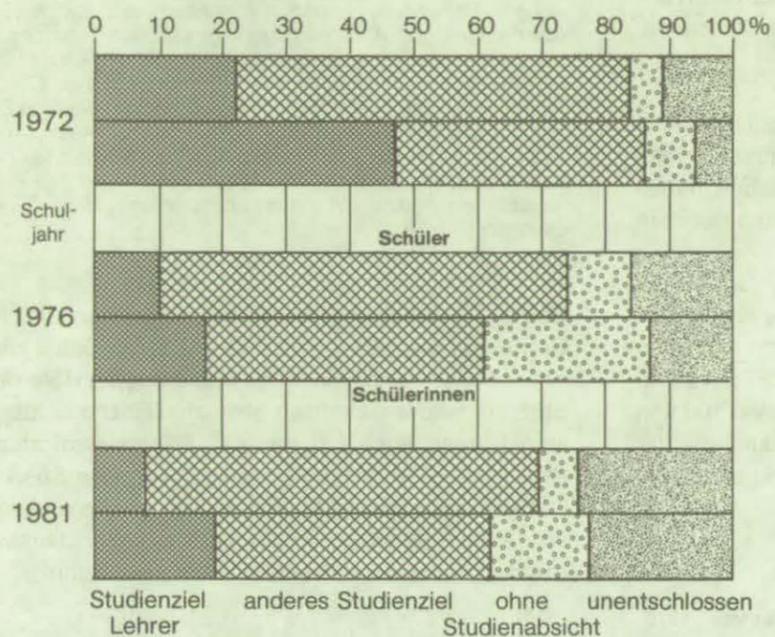
1) Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft (einschließlich Gartenbaubetriebe)

2) des Inhabers oder seines Ehegatten nach Selbsteinschätzung
a) einschließlich Betriebe mit weniger als 1 ha LF, deren natürliche Erzeugungseinheiten eine marktfähige Produktion im Werte von 4 000 DM oder mehr erwarten lassen

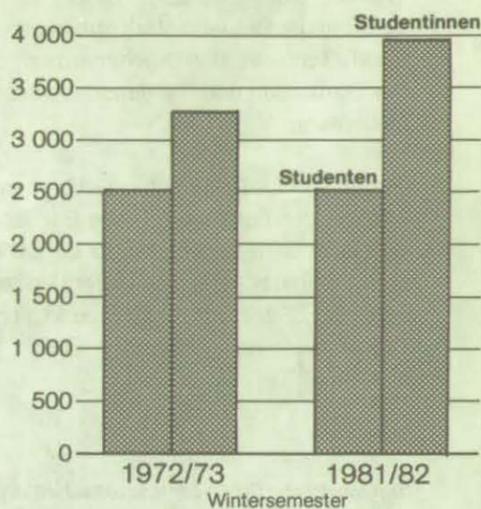
Die Größe des Standardbetriebseinkommens weist auch zu den sozialökonomischen Verhältnissen eine

Vom Schüler zum Lehrer

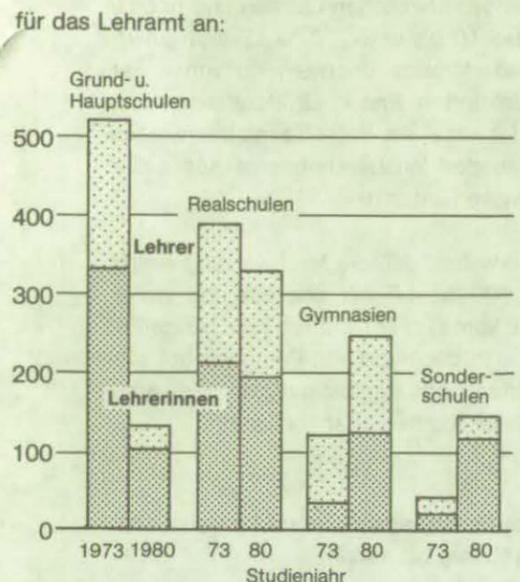
Studienabsichten der Schüler ¼ Jahr vor Erwerb der Studienberechtigung werden die Schüler nach ihren Studienwünschen befragt



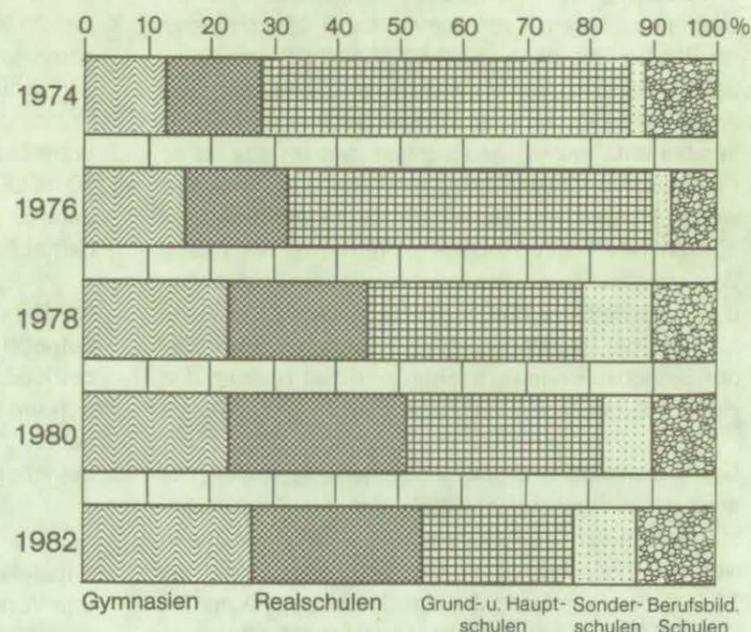
Deutsche Lehrerstudenten



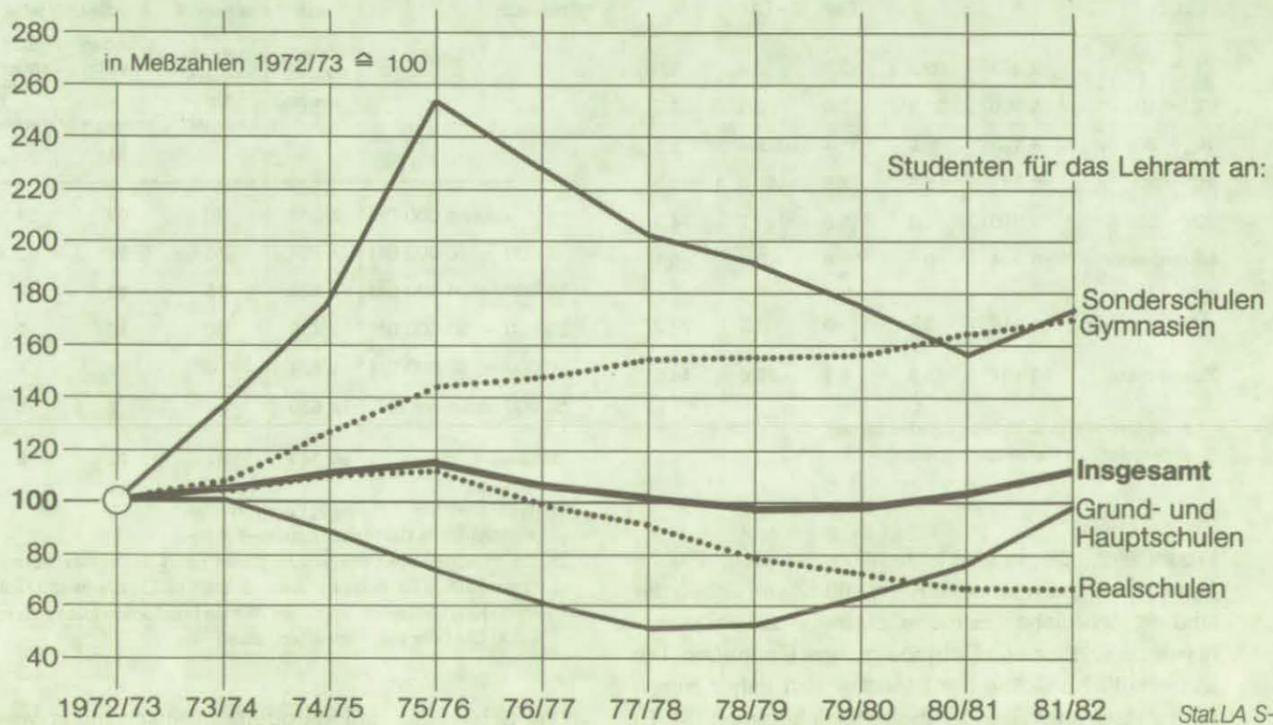
Bestandene Lehramtsprüfungen



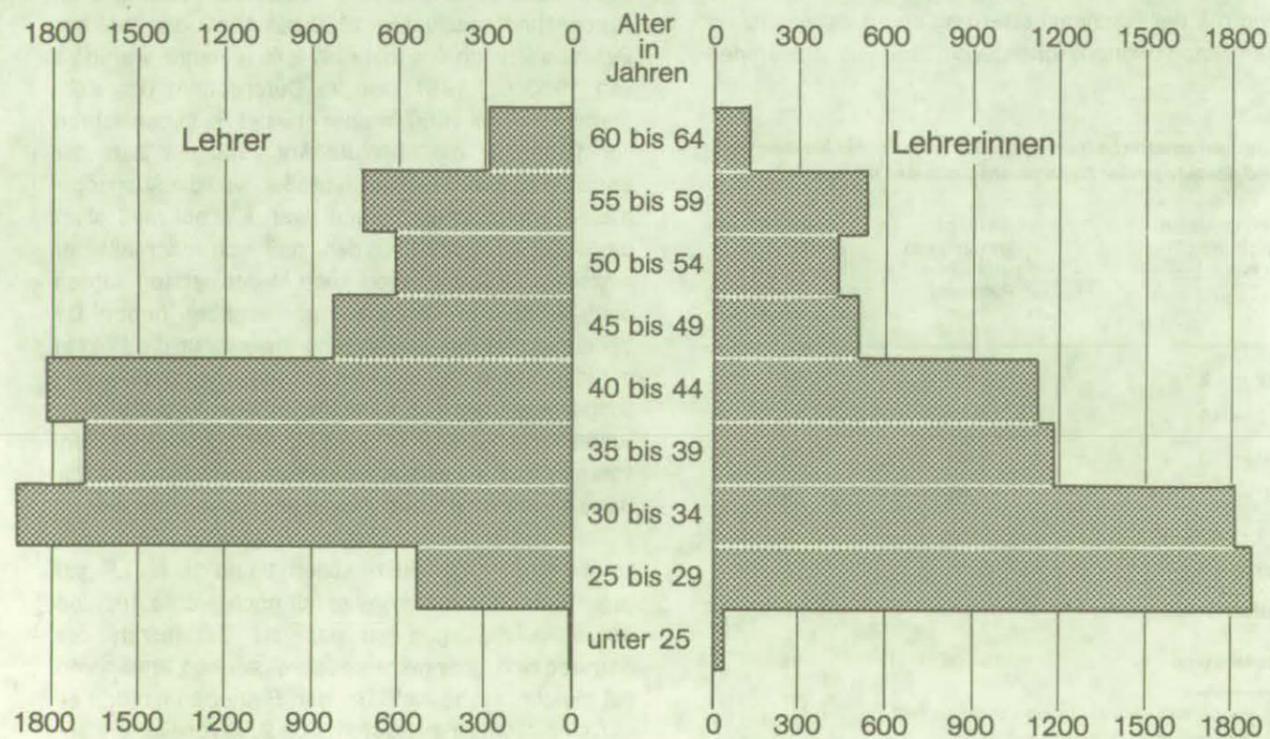
Lehrnachwuchs im Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen an allgemein- und berufsbildenden Schulen



Deutsche Lehrerstudenten 1972 bis 1982



Vollbeschäftigte Lehrer in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen 1981/82



sehr deutliche Beziehung auf. Während mehr als 80 % der Inhaber von Betrieben mit weniger als 10 000 DM StBE ihr Einkommen überwiegend aus außerbetrieblichen Quellen beziehen, und zwar hauptsächlich aus Erwerbstätigkeit außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes, haben außerbetriebliche Einkommensquellen bei Betrieben ab 30 000 DM StBE nur vereinzelt Bedeutung. Bemerkenswert erscheint der hohe Anteil von Betrieben in der unteren Größenklasse, deren Inhaberehepaare zwar ihr Haupteinkommen aus außerbetrieblichen Quellen beziehen, jedoch nicht anderweitig erwerbstätig waren. Haupteinkommensquelle dürften hier Renten oder Pachten sein. Bei diesen Betrieben dürfte es sich sehr häufig um Restflächen oder Restviehbestände in der Hand älterer Landwirte handeln, die den Hauptbetrieb oder den größten Teil der Betriebsflächen verpachtet, verkauft oder an den Hofnachfolger abgegeben haben.

Die wirtschaftliche Größe der Betriebe ist, wie bereits erwähnt, weitgehend abhängig von der Flächenausstattung. In der Größenklasse 1 bis 2 ha LF errechnen sich für mehr als 90 % der Betriebe weniger als 12 000 DM Standardbetriebseinkommen und nur für 5 % 25 000 DM und mehr. Andererseits gibt es in Größenklassen ab 30 ha LF nur wenige Betriebe mit Standardbetriebseinkommen von weniger als 12 000 DM.

Wenn die wirtschaftliche Größe der Betriebe einerseits eng mit der Flächenausstattung und andererseits mit den sozialökonomischen Verhältnissen zusammen-

hängt, dann sind auch deutliche Beziehungen zwischen Flächenausstattung und sozialökonomischen Verhältnissen zu erwarten.

In der Größenklasse 1 bis unter 2 ha LF beziehen fast 90 % der Inhaberehepaare ihr überwiegendes Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen und noch in der Größenklasse 10 bis unter 20 ha LF lebt gut ein Drittel der Inhaberehepaare überwiegend von außerbetrieblichen Einkünften. Erst in Größenklassen über 20 ha LF sinkt der Anteil der Betriebe mit überwiegendem Einkommen des Inhaberehepaars aus außerbetrieblichen Quellen unter 10 %.

Am Rande sei erwähnt, daß die Nachweisung einiger Betriebe über 100 ha LF mit überwiegend außerbetrieblichen Einkommen korrekt ist. Hier handelt es sich um Betriebe in der Hand von Personen mit sehr hohen Einkünften aus selbständigen Gewerbebetrieben, Kapitaleinkünften oder ähnlichem.

Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur seit 1970 und Vorausschätzung bis 1989

Betrachtet man — wie allgemein üblich — die Veränderung der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1970 bis 1981, so ist — nach der stürmischen Entwicklung in den Jahren von 1970 bis etwa 1973 eine Verlangsamung erkennbar. Während im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1980 die Zahl der Betriebe jährlich um mehr als 2 % abnahm, waren es von 1980 bis 1981 (wie im Durchschnitt des Zeitraums 1949 bis 1960) wieder etwa - 1 %. In den Jahren vor 1960 war die absolute Abnahme der Zahl der Betriebe natürlich erheblich größer, weil die Ausgangsmasse entsprechend größer war. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich innerhalb der einzelnen Größenklassen auch in den letzten Jahren noch erhebliche Veränderungen ergeben haben. Da bei dieser Art der Auswertung jeweils nur die Salden der innerhalb eines Jahres vollzogenen Veränderungen ausgewiesen werden, kann die Zahl der einzelbetrieblichen Veränderungen hiermit nicht aufgezeigt werden, sondern muß einer speziellen Verlaufsanalyse auf der Basis einzelbetrieblicher Daten überlassen bleiben.

In den Größenklassen zwischen 1 und 10 ha LF gab es während der letzten Jahre nur noch leichte Auf- und Abwärtsbewegungen, so daß die Gesamtzahl der Betriebe sich, über mehrere Jahre gesehen, annähernd auf gleicher Höhe hielt. Bei den Betrieben handelt es sich einmal um einen Stamm (7 bis 9 %) von Gartenbaubetrieben, daneben aber vor allem um kleinere Futter-

Landwirtschaftliche Betriebe¹ 1979 nach Größenklassen der LF und überwiegender Einkommensquelle des Inhabers

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe in der Hand von natürlichen Personen	Darunter Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichem Einkommen ² in %
1 — 2	2 961	88
2 — 10	5 495	77
10 — 20	4 124	35
20 — 30	5 342	9
30 — 50	8 909	3
50 und mehr	6 273	3
darunter 100 und mehr	1 015	6
Zusammen	33 104	28

1) Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft (einschließlich Gartenbaubetriebe)

2) des Inhabers oder seines Ehegatten nach Selbsteinschätzung

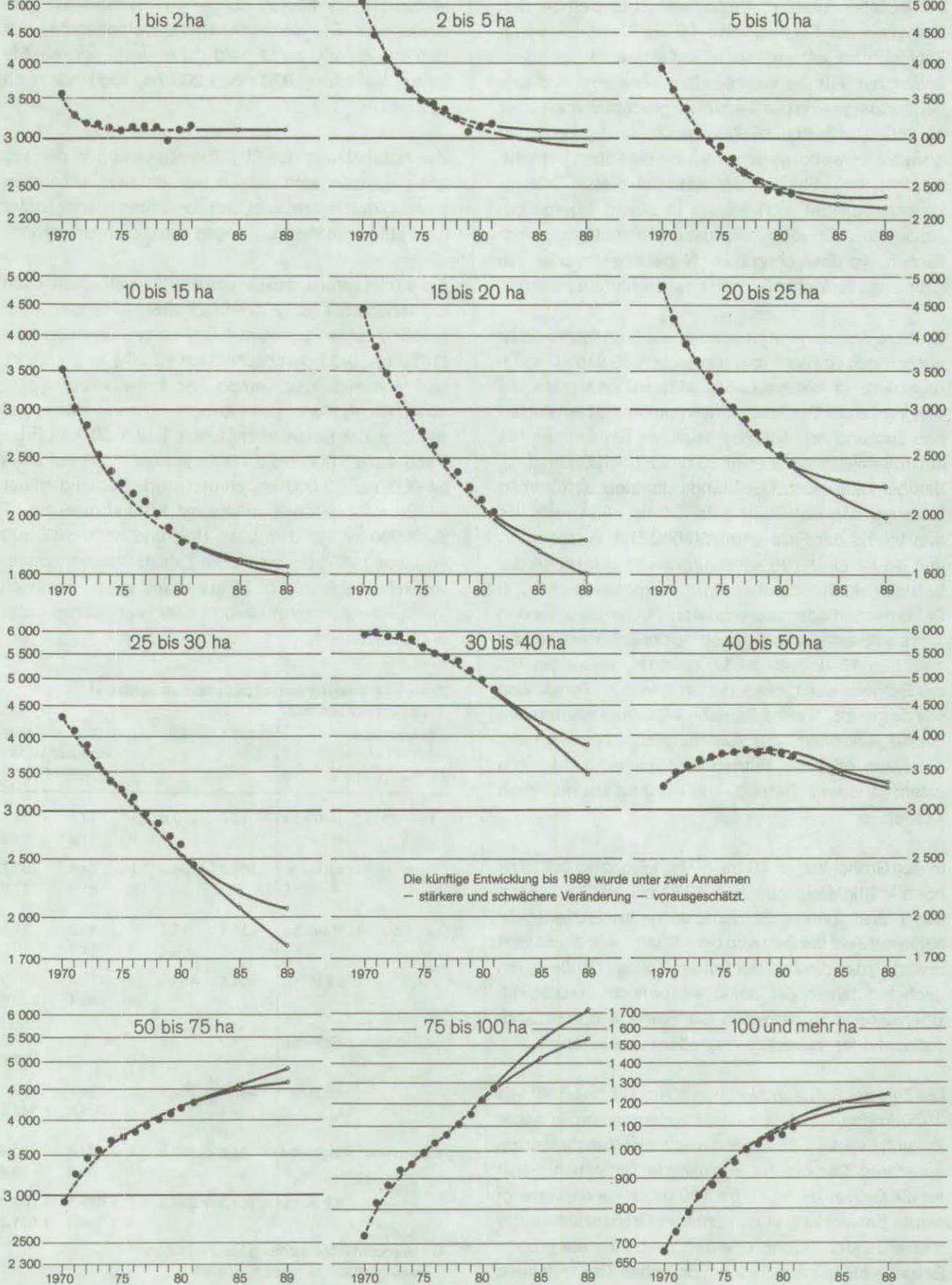
Betriebsgrößenstruktur-Entwicklung und Vorausschätzung

landwirtschaftlicher Betriebe (HPR) nach der Größenklasse der LF in ha

D5261 Stat.LASH

Betriebe
Log. Maßstab

Betriebe
Log. Maßstab



baubetriebe sowie um einige Veredlungs- und wenige Marktfruchtbetriebe. In über 80 % der Betriebe bezogen die Inhaber ihr Einkommen überwiegend aus außerbetrieblichen Quellen. Ähnlich verhält es sich bei den Betrieben der Größenklasse 10 bis 15 ha LF, deren Zahl sich im letzten Jahr ebenfalls kaum noch verändert hat. Für die kommenden Jahre wird in dieser Größenklasse eine per Saldo etwa gleichbleibende oder nur noch schwach rückläufige Zahl von Betrieben erwartet — wobei es sich nicht um dieselben Betriebe handeln muß. Ein Teil der Betriebe dieser Größenklassen befindet sich jeweils in einem Übergangsstadium bis zur völligen Aufgabe (Restbetriebe, Restflächen, vorübergehend im Nebenerwerb oder als Grundlage für Viehhaltungen bewirtschaftete Flächen).

Größere Abnahmeraten wurden auch im letzten Jahr noch in den Größenklassen zwischen 15 und 40 ha LF registriert. In diesen Größenklassen sind mehr als drei Viertel der Betriebe schwerpunktmäßig auf Futterbau ausgerichtet. Außerbetriebliches Einkommen hat in Größenklassen bis etwa 30 ha LF noch Bedeutung, darüber kaum noch. Das Standardbetriebseinkommen blieb bei den Betrieben unter 30 ha LF in mehr als drei Viertel der Fälle unter 50 000 DM, zwischen 30 und 40 ha LF dürfte schätzungsweise die Hälfte der Betriebe ein Standardbetriebseinkommen von 50 000 DM erreichen oder überschreiten. Für die kommenden Jahre wird eine weitere Abnahme der Zahl der Betriebe zwischen 15 und 40 ha LF erwartet, wobei ein Teil der Betriebe aufstocken, d. h. in obere Größenklassen wandern wird. Andere Betriebe wiederum werden ihre Fläche verkleinern, auf Veredlung oder Nebenerwerb umstellen oder der Betrieb wird aufgelöst oder von einem anderen Betrieb als Ganzes übernommen werden.

In der Größenklasse 40 bis 50 ha LF gab es bis 1972 noch kräftig steigende, von 1972 bis 1977 nur noch leicht ansteigende Betriebszahlen. Im letzten Jahr nahm die Zahl der Betriebe bereits um 1,4 % ab. Es wird erwartet, daß die Zahl der Betriebe dieser Größe in den nächsten Jahren per Saldo weiter leicht zurückgeht. Überwiegend werden sich die Betriebe durch Landzupacht oder -zukauf zu vergrößern versuchen.

Die Zahl der Betriebe zwischen 50 und 75 ha LF hat seit 1970 kräftig von Jahr zu Jahr zugenommen. In naher Zukunft wird mit abgeschwächten Zunahmeraten gerechnet. Das gleiche — sinkende Zunahmen — gilt für die Größenklasse 75 bis 100 ha LF, da die verlangsamte Entwicklung in den unteren Größenklassen der freierwerdenden Fläche Grenzen setzt, die die großen Betriebe für ihre Aufstockung brauchen. Das trifft auch

für die Größenklasse 100 und mehr ha LF zu, deren Zahl von 1980 bis 1981 um 4 % gestiegen ist. In diese Größenklasse werden auch weiterhin Betriebe aus der nächstunteren Klasse durch Landaufstockung hineinwandern. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe ab 100 ha LF wird daher weiter sinken. Sie betrug im Jahre 1970 noch 200 ha, 1981 nur noch 172 ha LF.

Zur Abschätzung der Strukturentwicklung in den vor uns liegenden acht Jahren wurden zwei Annahmen (I und II) durchgerechnet und abgestimmt, wobei unter II die stärkeren Veränderungen angenommen werden.

Setzt man voraus, daß die von den landwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha LF bewirtschaftete LF in den kommenden Jahren um etwa 1 800 ha pro Jahr abnimmt (1970 bis 1981 durchschnittlich - 2 200 ha pro Jahr), und daß sich das Tempo der Entwicklung weiter abschwächt, dann kann angenommen werden, daß die Zahl der Betriebe zwischen 1 und 50 ha LF bis 1985 auf 25 000 bis 24 000 und bis 1989 auf etwa 24 000 bis 22 000 abnehmen wird. Demgegenüber würde die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr ha LF auf 7 000 bis 7 300 im Jahre 1985 und 7 100 bis 7 800 im Jahre 1989 zunehmen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF insgesamt würde demnach in diesem Jahrzehnt kaum oder nur wenig unter 30 000 absinken.

Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe¹
1977 bis 1989 in 1 000

Größenklasse nach der LF in ha		1977	1981	1985 Vorausschätzung (I und II: s. Text)		1989
1 — 20	Betriebe	13,7	12,6	I 12,1 II 11,8	12,1	11,5
	LF in ha	104,0	90,3	I 84,5 II 81,9	84,5	83,7
20 — 50	Betriebe	15,1	13,3	I 12,2 II 11,7	11,5	10,5
	LF in ha	503,1	453,0	I 415,3 II 399,4	389,9	359,3
50 und mehr	Betriebe	6,0	6,7	I 7,1 II 7,3	7,3	7,8
	LF in ha	499,8	552,9	I 588,7 II 606,9	608,0	644,6
Zusammen	Betriebe	34,8	32,6	I 31,4 II 30,8	30,9	29,8
	LF in ha	1 107,0	1 096,3	I 1 088,5 II 1 088,2	1 081,5	1 081,8

1) Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft (einschließlich Gartenbaubetriebe)

Folgt man den genannten Vorausschätzungen, dann würden am Ende dieses Jahrzehnts fast 60 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von Betrieben ab 50 ha Größe bewirtschaftet werden. 1981 waren es 50 % und 1970 erst 33 %.

Die angenommene Abschwächung in der Größenstrukturentwicklung erscheint unabhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zwangsläufig, da die Flächen, die noch aus den unteren Betriebsgrößenklassen zur Verfügung stehen, wegen der dort ständig sinkenden absoluten Zahl von Betrieben viel kleiner geworden sind als sie vor 10 bis 20 Jahren waren. So wurde von 1960 bis 1970 durch Abnahme der Zahl der Betriebe zwischen 10 und 20 ha LF um 39 % eine Fläche von 76 000 ha freigesetzt; von 1970 bis 1980 nahm die Zahl der Betriebe derselben Größenklasse um 50 % ab, aber es wurden nur noch 62 000 ha frei. 1981 wurden von Betrieben der genannten Größe überhaupt nur noch 58 000 ha LF bewirtschaftet.

Zahl der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben

Wie viele Menschen im ganzen Lande in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, ist heutzutage das Ergebnis vieler einzelner Entscheidungen darüber, welchen Besatz mit Arbeitskräften der Betrieb trägt; die absolute Gesamtzahl der Beschäftigten hängt außerdem natürlich von der Zahl der Betriebe ab. Innerhalb der einzelnen Größenklassen haben sich die Besatzzahlen in der jüngsten Vergangenheit nur noch wenig verändert. Die Entwicklung der Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft war also vor allem abhängig von der Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur. Das dürfte auch für die nächste Zukunft so sein.

Aus durchschnittlichen Besatzzahlen der Jahre 1975 bis 1981 wurden daher Besatzzahlen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen für die Jahre 1985 und 1989 vorausgeschätzt und mit den für diese Jahre vorausgeschätzten Betriebszahlen hochgerechnet (verschiedene rein mathematische Modelle, insbesondere einfache Trendberechnungen, führten übrigens bei den Arbeitskräftezahlen wie auch bei den Betriebszahlen zu unrealistischen Werten und wurden daher nicht weiter verwendet).

1981 waren in den landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins 31 100 Betriebsinhaber und 32 400 Familienangehörige, zusammen also 63 500 Familienarbeitskräfte (darunter 23 900 Frauen) mit

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben¹ 1977 bis 1989 in 1 000

Personengruppe	1977	1981	1985		1989	
			Vorausschätzung			
Betriebsinhaber zusammen	33,4	31,1	I 30,3	II 29,8	29,8	28,8
im Betrieb* vollbeschäftigt	22,2	20,1	I 19,4	II 19,1	19,0	18,4
Familienangehörige						
männlich						
im Betrieb* beschäftigt	11,0	10,8	I 9,9	II 9,8	9,6	9,4
vollbeschäftigt	5,1	4,8	I 4,7	II 4,6	4,5	4,4
weiblich						
im Betrieb* beschäftigt	24,2	21,7	I 20,6	II 20,2	20,0	19,2
vollbeschäftigt	1,1	1,5	I 1,4	II 1,4	1,4	1,3
Ständige familienfremde Arbeitskräfte						
männlich						
im Betrieb* beschäftigt	8,3	7,7	I 7,5	II 7,6	7,3	7,4
vollbeschäftigt	(6,0)	7,1	I 7,0	II 7,1	6,8	6,9
weiblich						
im Betrieb* beschäftigt	(1,4)	1,8	I 1,5	II 1,4	1,4	1,4
vollbeschäftigt	(0,4)	1,2	I 0,9	II 0,9	0,9	0,9

*) im landwirtschaftlichen Betrieb ohne Haushalt

1) Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft (einschließlich Gartenbaubetriebe)

betrieblichen Arbeiten beschäftigt. Von diesen waren 26 400 Personen im gleichen Arbeitsbereich (ohne Haushaltstätigkeit) vollbeschäftigt, d. h. mindestens 42 Stunden pro Woche im Betrieb tätig.

Falls die unterstellte Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur zutrifft, errechnen sich aus den angenommenen Besatzzahlen für 1989 etwa 29 000 Betriebsinhaber und etwa 29 000 mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienangehörige (darunter knapp 20 000 Frauen), insgesamt also etwa 58 000 Familienarbeitskräfte. Die Zahl der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte insgesamt wird bis 1989 voraussichtlich auf 25 000 bis 24 000 abnehmen, d. h. gegenüber 1981 innerhalb von 8 Jahren um höchstens 2 500 Personen oder 9 %.

Die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte wird voraussichtlich kaum noch weiter abnehmen. Ihre Zahl hat sich während der letzten Jahre bereits nicht mehr wesentlich verändert.

Abschließend muß bezüglich der Vorausschätzungen bis zum Jahre 1989 angemerkt werden, daß starke Veränderungen in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung selbstverständlich auch eine andere Strukturentwicklung in der Landwirtschaft nach sich ziehen können. Andererseits werden Entscheidungen über Betriebsaufgabe oder -umstellung üblicherweise nicht kurzfristig getroffen, sondern langfristig geplant. Betriebe dürften in der Vergangenheit hauptsächlich im Zuge des Generationswechsels aufgegeben worden sein, also von älteren Inhabern, die nicht mehr in der Lage waren, den Betrieb weiterzubewirtschaften und keinen Hofnachfolger hatten — entweder, weil keine Kinder vorhanden waren oder weil die Kinder bereits in anderen Berufen tätig waren. Zur Altersstruktur der Betriebsinhaber sei angemerkt, daß sich diese während der letzten Jahre kaum noch verändert hat. So betrug der Anteil der Betriebsinhaber von 55 und mehr Jahren 1975 knapp 25 %, 1981 gut 24 %. Bei den vollbeschäftigten Betriebsinhabern betragen diese Anteile 1975 rd. 18 %, 1981 knapp 19 %. Unter der Voraus-

setzung, daß sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht außergewöhnlich verändern, kann damit gerechnet werden, daß sich die Betriebsgrößenstruktur und die Beschäftigtenzahlen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft bis zum Ende dieses Jahrzehnts zwar in gleicher Richtung, jedoch wesentlich langsamer weiterentwickeln werden als während des Zehnjahresabschnitts 1970 bis 1980. Diese Annahmen leiten sich aus den vorhandenen Zahlen und ihren Veränderungen in der Vergangenheit her. Die einzelnen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Ursachen und Gründe für die Entscheidungen der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen konnten und sollten im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden, weil objektive, umfassende und allgemeingültige Untersuchungsergebnisse nicht vorliegen und weil insbesondere die nichtwirtschaftlichen Bestimmungsgründe sich einer objektiven statistischen Erfassung entziehen.

Dr. Matthias Sievers

Studenten Statistik

Die Studenten aus Schleswig-Holstein

Informationen über Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein sind wiederholt an dieser Stelle und in anderen Veröffentlichungsreihen¹ dargestellt worden. Die auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes² erstellten Landesergebnisse kennzeichnen ziemlich umfassend die Nachfrage nach dem Studienangebot und die Struktur der Studentenschaft an den Hochschulen in Schleswig-Holstein. Fragen z. B. nach den realisierten Studienabsichten der „Landeskinder“ lassen sich dagegen nur teilweise mit den semesterweise ausgewerteten Landesergebnissen beantworten, einfach deshalb, weil ein Teil der schleswig-holsteinischen Studenten außerhalb ihres Heimatlandes studieren und somit hier statistisch nicht erfaßt werden können. Hinweise auf das Studentenaufkommen eines Bundeslandes und auf die sogenannte Bildungswande-

rung³ können nur aus dem Bundesergebnis der Studentenstatistik abgeleitet werden.

Von Bildungswanderung spricht man, wenn der ständige Wohnort eines Studenten und sein Hochschulort in verschiedenen Bundesländern liegen. Als ständiger Wohnort gilt hier die Heimatanschrift der Studenten, in der Regel der Wohnsitz der Eltern.

Die Methode der Individualbefragung läßt immer dann Fehldeutungen zu, wenn Studenten aus unterschiedlichen Gründen die Semesteranschrift und damit den Studienort als Heimatanschrift angeben. Der Grad der Bildungswanderung und auch das Studentenaufkommen eines Bundeslandes können dadurch tendenziell zu niedrig ausgewiesen werden, aber sicher in einem so geringen Maße, daß die generellen Aussagen aufrecht gehalten werden können.

1) Aktuelle Daten liefert der Statistische Bericht „Die Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein im Wintersemester 1981/82“

2) Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1981

3) Siehe hierzu auch: „Wo studieren die Schleswig-Holsteiner?“ in dieser Zeitschrift, Heft 2/1978

Die Bildungswanderung ist nicht nur das Ergebnis persönlicher Entscheidung. Vielmehr wirken auch die Verfahren der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) auf die Verteilung der Studenten über die Hochschulen, und zwar in der Form, daß nicht jeder eine Immatrikulation an der Hochschule seines Wunsches erhält. Aber in der Regel richtet sich die ZVS bei der Verteilung der Hochschulorte nach den Wünschen der Studienbewerber. Nach den bisherigen Erfahrungen werden rd. 80 Prozent der Studenten an der vorrangig gewünschten Hochschule zugelassen. Die an Grenzen der Bundesländer orientierte Definition „Bildungswanderung“ führt weiterhin dazu, daß der Einzugsbereich einer benachbarten, aber jenseits der Grenzen liegenden Hochschule für die heimischen Studenten eine höhere Bildungswanderung gibt. Das trifft — wie weiter unten noch gezeigt wird — z. B. auf die Schleswig-Holsteiner zu, die das für sie nächste Hochschulangebot in Hamburg wahrnehmen. Aus diesen Gründen kann es sich bei der so ausgedrückten Bildungswanderung nur um ein grobes Maß für die Mobilität der Studenten handeln.

Die neuesten Bundesergebnisse über die Herkunft der Studenten beziehen sich auf das Sommersemester 1981. Danach waren an den Hochschulen im Bundesgebiet knapp 950 000 deutsche Studenten eingeschrieben. Gegenüber dem Sommersemester 1975, als sich rd. 720 000 Deutsche immatrikuliert hatten, sind das 32 % mehr. Nach dem Land ihres ständigen Wohnsitzes gefragt, nannten 1981 30 965 Studenten Schleswig-Holstein⁴, was einen Anteil an der gesamten deutschen Studentenschaft von 3 % bedeutet. Das sind gut 5 000 Schleswig-Holsteiner oder 20 % mehr als im Sommersemester 1975. Der Zuwachs an Studenten, die im nördlichsten Bundesland zu Hause sind, ist, wie der in Berlin (West) mit ebenfalls 20 %, im Vergleich mit den Zunahmen in den anderen Bundesländern am geringsten. Überproportionale Zunahmen innerhalb des Zeitraumes 1975 bis 1981 sind für die Studenten aus Bremen (61 %), Nordrhein-Westfalen (40 %), Bayern (36 %) und Niedersachsen (35 %) zu verzeichnen. Unter der Zuwachsrate für die Studentenschaft des Bundesgebietes (32 %) liegen die Werte für Hessen (24 %), Baden-Württemberg (28 %), Hamburg (29 %), Saarland (30 %) und Rheinland-Pfalz (31 %).

Jeder dritte Student hatte 1981 seinen ständigen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen. Zusammen mit

4) ohne die Studenten der Hochschule für Berufstätige in Rendsburg, die als Fernfachhochschule von der Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung in Stuttgart getragen wird

Baden-Württemberg und Bayern kamen aus diesen drei bevölkerungsreichsten Bundesländern 61 % aller deutschen Studenten.

Deutsche Studenten an Hochschulen des Bundesgebietes nach dem Land des ständigen Wohnsitzes

Sommersemester 1981

Ständiger Wohnsitz	Studenten	Anteile %
Schleswig-Holstein	30 965	3
Hamburg	27 529	3
Niedersachsen	104 036	11
Bremen	12 441	1
Nordrhein-Westfalen	307 312	33
Hessen	85 107	9
Rheinland-Pfalz	54 390	6
Baden-Württemberg	127 724	14
Bayern	130 949	14
Saarland	17 833	2
Berlin (West)	43 561	5
Außerhalb des Bundesgebietes	334	0
Ohne Angabe	2 352	0
Studenten insgesamt	944 533	100

Von den knapp 950 000 deutschen Studenten waren rd. 230 000 (24 %) an einer Hochschule außerhalb des Bundeslandes ihres ständigen Wohnsitzes eingeschrieben, d. h. jeder vierte deutsche Student geht auf „Bildungswanderung“. Gemessen an diesem Durchschnittswert können die Studenten aus Schleswig-Holstein als sehr mobil charakterisiert werden. Über die Hälfte (52 %) der fast 31 000 Schleswig-Holsteiner studierten nicht im nördlichsten Bundesland, sondern anderswo im Bundesgebiet. Damit hat sich ihr Wanderungsverhalten gegenüber 1975, als 51 % der rd. 26 000 schleswig-holsteinischen Studenten außerhalb des Heimatlandes immatrikuliert waren, kaum geändert. Einen noch höheren Anteil an Studenten, die sich an Hochschulen anderer Bundesländer einschreiben, errechnet sich für die Studentenschaften aus Rheinland-Pfalz (56 %) und Bremen (54 %). Mobiler als der Durchschnittsstudent sind ebenfalls die im Saarland beheimateten Studenten, von denen 43 % an „fremden“ Hochschulen studierten. Die Quote der Bildungswanderung betrug bei den Hochschülern aus Niedersachsen 39 %, bei denen aus Hessen 32 %. Unterdurchschnittlich mobil sind dagegen die Studenten aus Bayern und Nordrhein-Westfalen, von denen nur 13 % und 14 % außerhalb der Landesgrenzen studierten. Eine ähnlich hohe Neigung, bevorzugt das Bildungsangebot im eigenen Lande zu nutzen, zeigen die Studenten aus Hamburg und Baden-

Die Neigung, außerhalb des Landes zu studieren, hängt auch vom Angebot im eigenen Land ab!

Rennschicht

Württemberg, für die sich Wanderungsquoten von 17 % (Hamburg) und 19 % errechnen. Statistisch gesehen, verspürt der Berliner die geringste Lust, anderswo zu studieren. Nur 8 % der Studenten mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) hatten sich an einer Hochschule in der Bundesrepublik eingeschrieben. Doch dieser geringe Anteil mobiler Studenten muß besonders kritisch gesehen werden: Für viele „Nichtberliner“ kann der besondere Status von Berlin (West) Anlaß sein, diese Stadt für einige Zeit zum ständigen Wohnsitz zu erklären, wodurch die Bildungsseßhaftigkeit der dort Immatrikulierten tendenziell zu hoch erscheint.

Wo studierten die rd. 16 200 Schleswig-Holsteiner, die an Hochschulen außerhalb des nördlichsten Bundeslandes eingeschrieben waren? Die folgende Übersicht gibt darüber Aufschluß:

Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein nach dem Land des Hochschulortes

Hochschulort	Studenten	Anteile %
In Schleswig-Holstein	14 759	X
Außerhalb Schleswig-Holsteins	16 206	100
davon in		
Hamburg	8 159	50
Niedersachsen	2 542	16
Bremen	221	1
Nordrhein-Westfalen	1 162	7
Hessen	610	4
Rheinland-Pfalz	165	1
Baden-Württemberg	906	6
Bayern	498	3
Saarland	40	0
Berlin (West)	1 903	12

Schleswig-Holsteiner studieren an Hochschulen des gesamten Bundesgebietes, doch sind konzentrierte Immatrikulationen an Hochschulen bestimmter Bundesländer unverkennbar. Gut die Hälfte der 16 200 Schleswig-Holsteiner, die außerhalb ihres Heimatlandes studierten, hatten einen Studienplatz in Hamburg. Hier zeigt sich deutlich die Neigung der Studenten, die Hochschule „vor der Tür“ ihres ständigen Wohnsitzes zu wählen. In den Hamburger Randkreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg waren im Sommersemester 1981 gut 8 700 Studenten beheimatet. Von ihnen nahmen knapp 5 200 Studenten (59 %) das Studienangebot in Hamburg wahr, während nur 1 100 Studenten die für sie weiter entfernten Bildungseinrichtungen der Landeshauptstadt Kiel

nutzten. Sicher spielt aber auch die Wertschätzung der Hansestadt Hamburg als Weltstadt mit einem reichen Kulturangebot eine wesentliche Rolle dafür, daß so viele Schleswig-Holsteiner dort studieren.

Die Wahl, wo studiert werden soll, kann weiterhin durch das Hochschulangebot im eigenen Lande beeinflußt werden. Wer als Schleswig-Holsteiner ein Fachhochstudium absolvieren will, findet dafür ein weit gefächertes Angebot im Heimatland vor. Daß das auch genutzt wird, zeigt der hohe Anteil schleswig-holsteinischer Fachhochschulstudenten im nördlichsten Bundesland. Von den 31 000 Schleswig-Holsteinern studierten 1981 rund 6 300 (20 %) an Fachhochschulen. Gut 3 700 dieser Fachhochschulstudenten immatrikulierten sich in Schleswig-Holstein, was einem Anteil von 59 % entspricht. Offensichtlich sind die Fachhochschulstudenten also seßhafter als die Gesamtheit der Studenten Schleswig-Holsteins, von denen nur 48 % das heimische Hochschulangebot nutzen. Bei den 24 700 Schleswig-Holsteinern, die an wissenschaftlichen Hochschulen studierten, belief sich der Anteil Studenten, die in Flensburg, Kiel oder Lübeck studierten, sogar nur auf 45 %.

Die Studienmöglichkeiten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein erklären — neben der günstigen Lage einiger Hochschulen zum nördlichsten Bundesland —, daß auch in Niedersachsen relativ viele Schleswig-Holsteiner studieren. Studiengänge der Ingenieurwissenschaften werden in Schleswig-Holstein an Fachhochschulen angeboten. Will sich dagegen der Schleswig-Holsteiner für das Ingenieurstudium an einer wissenschaftlichen Hochschule immatrikulieren, so muß er in ein anderes Bundesland wechseln. In Niedersachsen werden die Ingenieurwissenschaften auch an den Universitäten von Hannover, Braunschweig und Claus-thal angeboten. Ebenfalls zur Bildungswanderung gezwungen wird derjenige Schleswig-Holsteiner, der Tierarzt werden will, was man in Niedersachsen an der Tierärztlichen Hochschule Hannover studieren kann. Für das Studium der Veterinärmedizin und der Ingenieurwissenschaften hatten sich 1981 an den aufgeführten niedersächsischen Hochschulen 1 100 Schleswig-Holsteiner eingeschrieben, das sind 42 % aller schleswig-holsteinischen Studenten in Niedersachsen.

Aus dem gleichen Grund können auch die relativ vielen Immatrikulationen von Schleswig-Holsteinern an Hochschulen in Berlin (West) erklärt werden, wenn auch nicht in dem Maß wie die Einschreibungen an niedersächsischen Universitäten. Von den 1 900 Studenten aus dem nördlichsten Bundesland, die in Berlin stu-

dierten, waren 360 Studenten (19 %) für Ingenieurwissenschaften oder Veterinärmedizin an der Technischen Universität oder an der Freien Universität eingeschrieben. Offensichtlich sind aber vor allem die weltstädtische Ausstrahlung und der besondere Status dieser Stadt der Grund dafür, daß so viele Schleswig-Holsteiner ein Studium in dem freien Teil Berlins aufnehmen.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß durch das Zusammenwirken der Motive zur Bildungswanderung — begrenztes Studienangebot im Heimatland, Nähe des Hochschulortes und subjektive Wertschätzung der Hochschule und des Hochschulortes — 79 % der Schleswig-Holsteiner, die außerhalb der eigenen Landesgrenze studierten, Hochschulen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen oder Berlin (West) besuchten. Über den norddeutschen Raum hinaus wählten die Studenten aus Schleswig-Holstein vor allem Studienorte in Nordrhein-Westfalen (1 162 Studenten), Baden-Württemberg (906) und Hessen (610). Wenn es schles-

wig-holsteinische Studenten nach Bayern zieht, dann hauptsächlich nach München, wo knapp 270 (53 %) der 500 Schleswig-Holsteiner studierten. Auch andere Städte als Hochschulorte sind bei Studenten aus Schleswig-Holstein offenbar so beliebt, daß räumliche Entfernung kein Hindernis zu sein scheint, sich dort zu immatrikulieren. Freiburg und Marburg wählten z. B. je rund 230 Schleswig-Holsteiner zu ihrem Studienort, und in den ebenfalls traditionsreichen Universitätsstädten Heidelberg und Tübingen studierten 175 und 115 Studenten aus dem hohen Norden. Daß die Tradition einer Universitätsstadt ein Einflußfaktor auf die Wahl des Studienortes sein kann, zeigt sich am Beispiel Göttingen im Süden Niedersachsens. Für Kieler Studenten keine Hochschule „vor der Tür“ und auch keine Hochschule, die ein Studienangebot aufweist, das in Schleswig-Holstein nicht vorhanden wäre; dennoch studierten dort im letzten Sommersemester über 500 Schleswig-Holsteiner.

Friedrich-Karl Wormeck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

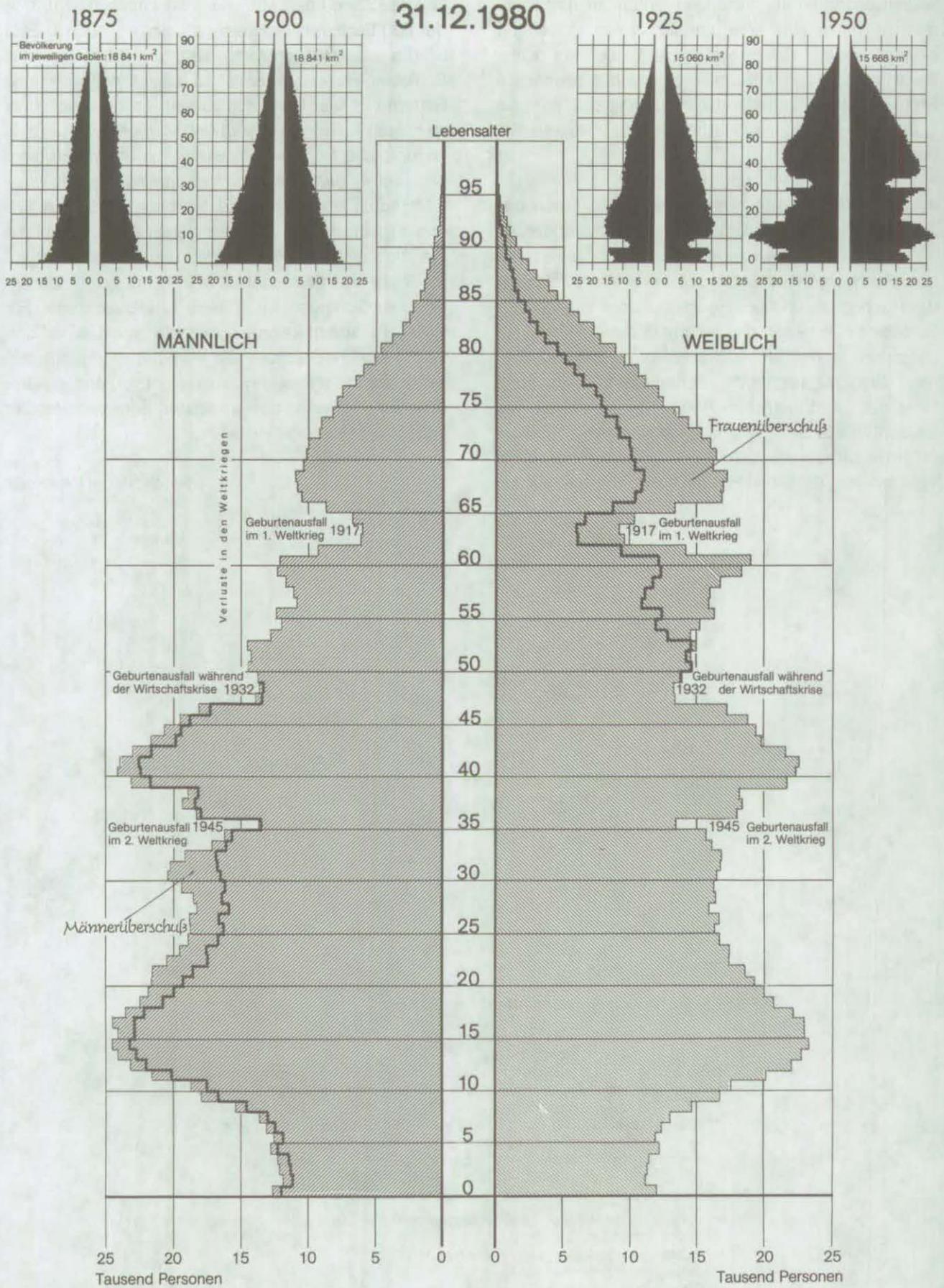
Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins



Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung	
Ausländer	4/94
Bildung und Kultur	
Ausländische Studenten	2/37
Wahlen	
Kommunalwahlen 1946 bis 1978	1/2
Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 1)	5/102
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler	1/27
Landwirtschaft	
Repräsentative Dezeberviehzählung	2/33
Blumen und Zierpflanzen	5/117
Produzierendes Gewerbe	
Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe	1/21
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Wohnverhältnisse 1978	2/45
Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandelsunternehmen	5/112
Umweltschutz	
Umweltstatistiken	4/82
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1981	3/50

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1982

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982				
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 605	2 616	2 612	2 612	2 613	2 619	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 122	1 156	725	914	1 176	561	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,2	5,3	3,6	4,1	5,5	2,5	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 045	2 054	1 951	2 077	2 111	2 010	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,4	9,7	9,4	9,8	9,0	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 607	2 661	2 581	2 757	2 584	2 648	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	12,2	12,9	12,4	12,0	11,9	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	23	23	27	21	19	19	
je 1 000 Lebendgeborene		11,4	11,3	13,8	10,1	9,0	9,5	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 561	- 606	- 630	- 680	- 473	- 638	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,6	- 2,8	- 3,1	- 3,1	- 2,2	- 2,9	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 678	6 369	4 975	6 122	6 027	5 412	4 835	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 094	5 104	4 479	4 915	4 628	4 864	4 285	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 584	+ 1 265	+ 496	+ 1 207	+ 1 399	+ 548	+ 550	
Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 428	10 012	9 052	9 582	9 839	9 563	8 487	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 200	21 465	18 506	20 619	20 494	19 839	17 607	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		150	145	138	136	141	132	130	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	60	62	58	53	100	100	92	85	
darunter *Männer	1 000	19	32	35	32	28	61	61	55	50	
Kurzarbeiter	1 000	1,8	8,2	9,8	10,7	9,0	19,7	21,8	19,7	14,7	
darunter Männer	1 000	1,1	6,4	7,9	8,4	6,7	16,6	18,1	16,1	11,6	
Offene Stellen	1 000	11,8	7,9	9,7	11,1	10,4	3,6	5,0	5,8	5,4	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 553 ^b	1 544 ^b	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	520 ^a	525 ^a	
*Schweine	1 000	1 807 ^a	1 758 ^a	.	.	1 870	.	.	.	1 789	
darunter *Zuchtsauen	1 000	199 ^a	188 ^a	.	.	202	.	.	.	190	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	127 ^a	.	.	133	.	.	.	125	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	40	36	39	39	35	29	37	32	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	259 ^b	244 ^c	223	246	238	236	209	255	233	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	5	4	3	6	4	4	2	
*Schlachtungsmengen ¹⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,2	30,2	27,2	29,9	29,7	28,1	24,3	30,5	27,6	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,5	10,8	9,6	10,5	10,6	9,3	7,7	10,0	8,7	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0	0	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	20,5	19,1	17,4	19,2	18,9	18,7	16,5	20,2	18,8	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	285	278	273	272	271	273	274	273	275	
Kälber	kg	101	101	99	99	99	93	93	98	100	
Schweine	kg	80	80	80	79	80	81	81	81	82	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	127	130	125	186	162	65	120	115	185
	für Masthühnerküken	1 000	1 099	1 126	974	1 200	1 133	1 140	964	1 305	1 201
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	927	914	818	1 000	899	860	857	1 013	878	
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	96	97	98	97	97	97	98	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,0	12,9	13,3	15,0	15,9	12,4	13,2	15,1	16,1	

a) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1980/81 = 6 c) Winterhalbjahr 1981/82 = 5

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	183	180	180	180	180	175	175	176	175
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	130	126	127	127	126	121	122	122	121
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 117	18 207	18 003	19 216	18 816	17 098	17 173	19 064	17 974
*Löhne (brutto)	Mill. DM	308,4	310,7	265,8	280,2	291,8	276,1	264,9	298,1	298,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	180,5	191,0	170,2	174,1	172,6	178,2	177,3	187,9	186,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 395	1 456	1 532	1 730	1 337	1 610	1 223	1 873	1 436
aus dem Inland	Mill. DM	1 010	981	1 081	1 120	939	1 231	900	1 290	1 076
aus dem Ausland	Mill. DM	385	475	451	610	397	378	323	582	359
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 595	2 791	2 539	2 979	2 828	2 615	2 537	2 935	2 786
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 174	2 265	1 998	2 365	2 326	2 063	2 100	2 389	2 187
*Auslandsumsatz	Mill. DM	421	526	541	614	501	551	437	546	599
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	30	32	25	18	30	20	17	21	21
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	29,3	36,3	35,1	37,9	39,8	36,5	39,0	48,9	37,9
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	1,1	0,7	0,6	0,8	1,1	0,2	0,3	0,3	0,4
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,2	35,7	34,4	37,1	38,8	36,4	38,7	48,6	37,5
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	87	103	106	93	76	93	91	42
*leichtes Heizöl	1 000 t	14	11	15	13	11	18	14	12	10
*schweres Heizöl	1 000 t	91	76	88	92	82	57	79	79	32
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	225	227	221	238	241	202	214	238	212
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	32	32	26	36	30	30	26
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 610	54 150	53 995	55 128	55 633	47 332	46 492	47 887	49 157
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 582	5 861	4 174	6 062	7 423	2 084	3 330	5 439	6 077
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 971	2 576	1 909	2 784	3 319	986	1 562	2 394	2 543
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 179	1 093	869	1 168	1 338	516	762	1 149	1 267
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 264	2 053	1 330	2 015	2 596	524	940	1 799	2 108
*Löhne (brutto)	Mill. DM	119,7	113,2	73,0	105,5	138,8	36,9	58,9	97,7	117,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,3	18,9	17,0	17,0	17,6	16,1	16,0	16,9	16,7
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	417,5	398,9	229,9	322,4	330,8	186,6	172,5	244,2	299,4
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	251,4	238,9	208,4	379,9	251,0	101,8	177,4	267,5	236,5
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 808	8 891	8 708	8 730	8 788	8 578	8 382	8 356	8 395
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 057	1 060	985	1 072	1 078	917	903	1 033	990
Löhne und Gehälter	Mill. DM	19,5	20,4	17,4	18,9	19,5	16,9	16,8	19,0	19,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	58,4	44,7	53,9	50,3	35,4	42,5	53,2	47,4
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	710	1 059	1 140	1 256	1 016	1 376	1 195
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	788	806	850	885	777	1 006	863
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	4	4	6	5	4	6	4
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 $\hat{=}$ 100	109,1	106,6	1.Vj.81			1.Vj.82			
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 $\hat{=}$ 100	135,0	132,9	106,0			102,1			

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle $\hat{=}$ 1 t SKE = Steinkohle-
 Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ $\hat{=}$ 35,169 MJ/m³) $\hat{=}$ 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht $\hat{=}$ 1,46 t SKE, schwer $\hat{=}$ 1,40 t SKE
 5) 1 000 kWh Strom $\hat{=}$ 0,123 t SKE 6) Ab März 1982 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von
 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	903	685	647	1 094	755	335	333	493	628
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	743	520	480	892	565	226	237	350	435
*2 Wohnungen	Anzahl	113	112	116	151	141	60	67	79	110
*Rauminhalt	1 000 m ³	825	659	651	947	710	364	302	572	672
*Wohnfläche	1 000 m ²	141	114	111	163	124	64	52	93	119
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	137	110	119	134	75	90	102	104
*Rauminhalt	1 000 m ³	669	525	480	368	507	436	390	320	515
*Nutzfläche	1 000 m ²	114	91	74	72	83	74	69	53	85
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 580	1 347	1 300	1 785	1 455	856	590	1 263	1 404
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	511,4	709,7	758,7	705,6	968,8	608,1	626,4	739,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	97,7	131,1	147,1	166,9	183,7	116,0	109,3	157,2	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	413,7	578,5	611,5	538,7	785,1	492,1	517,0	582,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,4	13,3	12,0	12,9	12,7	12,3	14,9	18,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,6	73,5	68,0	82,2	107,2	57,6	74,9	76,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	341,7	491,7	531,5	443,5	665,3	422,2	427,3	487,7	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	39,3	51,1	47,4	53,1	56,6	59,3	46,4	50,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	302,3	440,6	484,1	390,4	608,7	362,9	380,8	436,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	236,4	275,8	282,0	305,7	383,8	249,0	292,1	369,7	...
darunter Dänemark	Mill. DM	51,2	63,4	81,5	74,3	94,2	41,0	51,5	87,1	...
Frankreich	Mill. DM	52,4	51,9	51,5	55,2	61,3	56,0	68,2	70,8	...
Niederlande	Mill. DM	45,9	51,8	43,9	66,5	75,6	38,6	57,9	60,2	...
Großbritannien	Mill. DM	39,2	44,8	40,4	41,6	80,7	51,2	48,5	45,2	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	221,7
*Gastgewerbesumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	184,9
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	211	216	93	128	218	73	89	138	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	21	22	10	15	21	7	10	13	...
*Übernachtungen	1 000	1 217	1 248	340	506	1 056	304	323	517	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	47	43	22	34	42	17	21	27	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	...	1 180	1 169	1 288
Güterversand	1 000 t	498	...	520	617	657
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	202	199	159	175	176	135	174	219	169
*Güterversand	1 000 t	208	189	192	212	208	87	128	154	162
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	9 264	8 751	8 993	13 445	11 893	5 992	7 797	12 764	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	377	416	237	1 000	1 376	100	368	1 362	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	8 047	7 686	8 069	11 580	9 688	5 510	6 989	10 684	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	536	420	476	594	571	236	271	415	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 474	1 452	1 038	1 235	1 389	893	923	p 1 196	p 1 355
*Getötete Personen	Anzahl	44	43	43	32	47	30	31	p 29	p 43
*Verletzte Personen	Anzahl	1 909	1 874	1 338	1 616	1 794	1 189	1 188	p 1 518	p 1 767

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	52 677	58 066	53 236	53 335	53 839	58 329	58 410	58 728	58 862
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	50 863	56 214	51 399	51 535	51 991	56 473	56 536	56 885	56 989
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 893	9 269	8 815	8 977	8 940	9 227	9 311	9 403	9 310
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 766	8 906	8 701	8 870	8 646	8 858	8 901	9 166	9 026
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	127	363	114	107	294	369	410	237	284
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 420	7 196	5 566	5 564	5 798	7 135	6 851	6 909	6 987
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 027	5 129	4 032	4 185	4 406	5 118	5 059	5 126	5 224
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 393	2 067	1 533	1 379	1 392	2 017	1 793	1 783	1 763
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	36 550	39 748	37 019	36 994	37 253	40 112	40 373	40 573	40 693
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 553	30 141	28 874	28 965	29 135	30 304	30 255	30 311	30 367
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 997	9 607	8 145	8 028	8 118	9 807	10 118	10 262	10 326
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	34 504	35 935	34 375	33 865	34 214	35 957	35 924	35 647	35 643
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	20 576	22 242	20 630	20 405	20 908	22 388	22 325	22 153	22 126
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 050	16 458	15 114	15 127	15 301	16 665	16 579	16 519	16 462
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 526	5 784	5 517	5 278	5 608	5 723	5 746	5 634	5 664
*Spareinlagen	Mill. DM	13 928	13 693	13 745	13 460	13 306	13 568	13 599	13 495	13 517
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 924	10 015	9 812	9 738	9 671	9 989	10 033	10 000	9 978
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	728	731	696	741	719	1 122	759	811	888
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	719	815	716	1 027	874	1 252	729	916	867
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	36	45	45	48	44	55	63	44	51
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,4	3	-	1	-	-	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	324	381	311	348	363	379	391	445	...
*Wechselsumme	Mill. DM	2,0	2,6	2,0	2,1	1,7	4,3	4,6	3,4	...
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 109,0	2 104,1		2 111,2				2 018,9	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 521,0	1 484,0		1 415,7				1 354,1	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 019,7	1 044,9		933,7				938,0	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,3	282,4		314,2				249,0	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	14,9	20,0		17,8				16,9	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	137,2	136,8		149,9				150,2	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	588,1	620,1		695,5				664,8	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	398,3	419,5		507,8				477,9	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	189,8	200,6		187,7				186,9	
*Bundessteuern	Mill. DM	127,0	141,2		170,5				113,0	
*Zölle	Mill. DM	0,3	0,2		0,2				0,2	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,9	130,5		150,9				112,8	
*Landessteuern	Mill. DM	130,8	128,1		121,4				115,0	
*Vermögensteuer	Mill. DM	28,6	26,0		24,2				28,9	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	67,8	68,1		60,7				45,8	
*Biersteuer	Mill. DM	4,3	4,4		3,5				3,5	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	288,3	272,1		243,4				233,6	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,1	7,2		7,0				7,3	
*Grundsteuer B	Mill. DM	50,3	52,5		48,2				51,2	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	203,8	193,3		169,0				159,7	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 132,6	1 154,2		1 169,9				1 110,5	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582,0	569,7		530,5				527,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	397,0	418,6		469,5				448,7	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9		0,5				0,9	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 190,4	1 178,9		1 157,3				1 139,4	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	714,7	695,4		677,0				667,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	318,4	334,7		359,4				358,2	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9		0,5				0,9	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	456,4	440,1		249,7				233,2	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	150,5	143,6		170,0				161,4	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	221,3	217,8		5,3				2,2	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1980	1981	1981			1982				
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100										
Einfuhrpreise	125,3	142,9	139,0	139,3	140,3	144,4	145,4	144,7	...	
Ausfuhrpreise	115,1	121,3	118,9	119,5	120,3	124,8	125,5	126,0	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	173,6	192,2	185,6	187,4	188,5	198,6	198,8	198,2	...	
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	117,1	126,2	122,2	123,3	124,5	131,5	131,6	131,6	132,3	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,3	104,6	102,1	103,0	102,9	111,0	p 109,5	p 109,2	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	134,1	142,0	138,4	.	.	.	144,7	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	112,7	121,9	118,6	119,6	120,3	125,9	p 126,3	p 125,8	...	
Einzelhandelspreise	116,1	122,2	119,7	120,7	121,5	125,7	126,2	126,4	127,3	
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	117,0	123,9	121,2	122,0	122,8	127,9	128,2	128,4	129,0	
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	112,7	118,2	116,2	116,9	118,4	121,7	122,6	123,2	124,5	
Kleidung, Schuhe	120,8	126,8	124,7	125,3	125,7	130,0	130,9	131,4	131,7	
Wohnungsmieten	115,4	120,4	118,1	118,7	119,3	123,6	124,1	124,7	125,0	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	137,6	157,8	151,0	154,9	153,7	172,2	168,4	164,5	166,1	
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	116,7	123,7	121,8	122,6	122,7	127,9	128,9	129,2	129,2	
Löhne und Gehälter										
- Effektivverdienste in DM -										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	609	633	.	.	627	619	
darunter *Facharbeiter	644	668	.	.	661	655	
*weibliche Arbeiter	400	420	.	.	411	421	
darunter *Hilfsarbeiter	385	402	.	.	396	402	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	14,35	15,08	.	.	14,87	15,09	
darunter *Facharbeiter	15,14	15,87	.	.	15,67	15,80	
*weibliche Arbeiter	9,99	10,55	.	.	10,40	10,76	
darunter *Hilfsarbeiter	9,60	10,14	.	.	10,03	10,33	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	42,4	42,0	.	.	42,2	41,0	
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	39,7	.	.	39,6	39,1	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 319	3 508	.	.	3 457	3 596	
*weiblich	2 272	2 405	.	.	2 356	2 455	
Technische Angestellte										
*männlich	3 526	3 684	.	.	3 596	3 687	
*weiblich	2 192	2 318	.	.	2 259	2 364	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	2 863	3 025	.	.	2 954	3 115	
*weiblich	1 943	2 062	.	.	2 020	2 149	
Technische Angestellte										
männlich	2 855	3 013	.	.	2 971	3 032	
weiblich	(2 217)	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 008	3 178	.	.	3 112	3 270	
weiblich	2 035	2 158	.	.	2 115	2 236	
Technische Angestellte										
männlich	3 490	3 642	.	.	3 558	3 650	
weiblich	2 192	2 316	.	.	2 257	2 362	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postcheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fernverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	23 181	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	...	8 516	3 309	1 209	6 942	2 590	262	14 971	511

Jahr	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵⁾ am 31.12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge Aufwand in Mill. DM
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	
	in 1 000											
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	58	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	...	54,7

Jahr	Steuern ⁶⁾								Neuverschuldung ⁷⁾			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	in 1 000											
1977	3 695	3 816	1 466	1 487	4 607	2 822	1 403	481	655	6 613	2 491	1 940
1978	3 948	4 086	1 516	1 778	4 775	2 849	1 474	498	668	7 317	2 544	2 003
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 557 ^{a)}	1 981 ^{a)}
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 671 ^{a)}	2 066 ^{a)}

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohn-gebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung 1976 = 100		Industriearbeiter ¹¹⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerb-licher Produkte	landwirt-schaftlicher Produkte		ins-gesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²⁾		
	1976 = 100	1976 = 100			kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)			
	in 1 000											
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 287	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	126,2	104,6	142,0	123,9	118,2	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1.10. bis 30.9.) 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahr 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 7) ohne Kassenkredite 8) ohne Schulden der Eigenbetriebe 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) für alle privaten Haushalte 11) einschließlich Hoch- und Tiefbau 12) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 1. Januar 1982			Bevölkerungsveränderung im Januar 1982			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1982 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 563	- 0,1	- 0,3	22	52	74	30	-	35
KIEL	249 786	- 0,1	- 0,1	92	+ 123	+ 31	126	3	144
LÜBECK	219 403	- 0,0	- 0,5	126	130	256	136	2	157
NEUMÜNSTER	80 099	+ 0,1	- 0,1	31	+ 22	9	45	1	54
Dithmarschen	130 926	- 0,0	+ 0,3	38	+ 66	+ 28	66	1	92
Hzgt. Lauenburg	157 117	+ 0,1	+ 0,8	53	+ 126	+ 73	97	5	131
Nordfriesland	162 087	- 0,2	+ 0,3	16	+ 58	+ 42	100	5	142
Ostholstein	193 161	- 0,1	+ 0,8	81	85	166	94	3	118
Pinneberg	260 751	- 0,0	+ 0,2	9	92	101	122	6	140
Plön	116 374	- 0,0	- 0,0	29	+ 113	+ 84	59	-	83
Rendsburg-Eckernförde	246 462	- 0,0	+ 0,4	55	+ 77	+ 22	131	7	182
Schleswig-Flensburg	182 536	+ 0,1	+ 0,4	17	+ 139	+ 122	75	2	113
Segeberg	212 149	+ 0,1	+ 0,8	5	+ 82	+ 77	107	1	151
Steinburg	128 794	+ 0,0	- 0,2	34	+ 9	- 25	56	1	84
Stormarn	191 978	+ 0,0	+ 1,3	30	+ 92	+ 62	111	6	141
Schleswig-Holstein	2 619 186	- 0,0	+ 0,3	638	+ 548	90	1 355	43	1 767

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1982		
	Betriebe am 30. 4. 1982	Beschäftigte am 30. 4. 1982	Umsatz im April 1982 Mill. DM ⁴⁾	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	75	8 972	127	32 806	29 535	337
KIEL	141	25 972	302	92 734	83 828	336
LÜBECK	149	23 935	254	80 183	72 176	329
NEUMÜNSTER	75	9 905	100	33 446	29 748	371
Dithmarschen	80	6 797	292	63 610	51 128	391
Hzgt. Lauenburg	100	8 665	88	67 793	58 315	371
Nordfriesland	59	3 148	66	74 723	60 401	373
Ostholstein	90	5 757	100	80 723	69 098	358
Pinneberg	197	21 685	301	115 489	100 979	387
Plön	49	2 786	30	53 791	45 353	390
Rendsburg-Eckernförde	129	11 116	157	112 318	93 903	381
Schleswig-Flensburg	87	5 016	121	87 176	70 760	388
Segeberg	178	14 664	301	108 657	93 444	440
Steinburg	99	10 671	222	58 899	48 092	373
Stormarn	146	15 764	326	87 472	76 940	401
Schleswig-Holstein	1 654	174 853	2 786	1 149 820	983 700	376

1) nach dem Gebietsstand vom 1. 1. 1982 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1981			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 3. 1982	Kurzarbeiter Monatsmitte März 1982	offene Stellen am 31. 3. 1982	Schweine insgesamt am 3. 8. 1981	Rindvieh am 3. 6. 1981	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 619,2	+ 5,0	+ 0,3	92	20	6	1 874	1 582	497
Hamburg	1 637,1	- 8,7	- 0,5	50	14	4	11	15	3
Niedersachsen	7 267,1	+ 2,6	+ 0,1	258	72	16	7 101	3 261	1 057
Bremen	691,4	- 4,3	- 0,3	28	5	2	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 046,0	+ 0,8	- 0,1	546	124	27	5 685	2 012	610
Hessen	5 611,9	+ 4,3	+ 0,2	133	54	12	1 343	905	293
Rheinland-Pfalz	3 641,2	- 0,1	- 0,0	99	28	7	696	691	235
Baden-Württemberg	9 287,9	+ 4,4	+ 0,3	173	109	26	2 281	1 855	682
Bayern	10 959,2	+ 4,6	+ 0,3	326	101	29	4 283	4 990	1 987
Saarland	1 063,0	- 5,1	- 0,3	37	12	1	51	74	26
Berlin (West)	1 888,7	- 10,9	- 0,4	71	12	4	4	1	0
Bundesgebiet	61 712,7	+ 1,8	+ 0,1	1 811	551	134	23 339	15 406	5 395

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾		Bauhauptgewerbe ¹⁾		Wohnungswesen im Januar 1982		
	Beschäftigte am 28. 2. 1982 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1982		Beschäftigte am 31. Januar 1982		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	175	2 537	17	47	18	656	3,3
Hamburg	163	6 196	12	27	17	695	4,2
Niedersachsen	683	10 714	29	127	17	1 920	2,6
Bremen	87	1 600	18	13	19	184	2,7
Nordrhein-Westfalen	2 092	29 695	27	271	16	7 374	4,3
Hessen	639	7 440	29	96	17	1 468	2,6
Rheinland-Pfalz	381	6 259	39	70	19	1 836	5,0
Baden-Württemberg	1 431	16 917	29	188	20	4 619	5,0
Bayern	1 322	15 869	32	206	19	4 196	3,8
Saarland	152	1 945	31	19	18	582	5,5
Berlin (West)	170	2 740	11	31	16	556	2,9
Bundesgebiet	7 297	101 911	28	1 094	18	24 286	3,9

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. Januar 1982			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Februar 1982				Bestand an Spar- einlagen ⁶⁾ am 28. 2. 1982 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						Landes	Bundes	der Gemeinden
	in 1 000			im 4. Vierteljahr 1981							
								in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 150	984	376	923	31	1 188	132	5 192	497	495	...
Hamburg	629	566	346	522	19	662	130	8 634	846	4 106	...
Niedersachsen	3 257	2 759	380	2 311	101	3 040	136	6 411	508	571	...
Bremen	265	238	345	245	3	271	112	7 197	659	1 320	...
Nordrhein-Westfalen	7 233	6 460	379	5 724	159	7 321	131	7 343	578	977	...
Hessen	2 604	2 258	402	1 917	75	2 563	138	8 015	624	856	...
Rheinland-Pfalz	1 746	1 465	402	1 309	35	1 733	135	7 298	530	674	...
Baden-Württemberg	4 355	3 700	398	2 770	95	3 784	140	7 822	632	875	...
Bayern	5 148	4 197	383	3 352	153	4 587	141	8 106	552	680	...
Saarland	471	420	395	436	15	564	133	7 008	505	563	...
Berlin (West)	657	583	309	674	21	852	130	7 067	445	1 564	...
Bundesgebiet	27 617 ^a	23 681 ^a	384	20 183	707	26 565	135	7 426	574	911	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

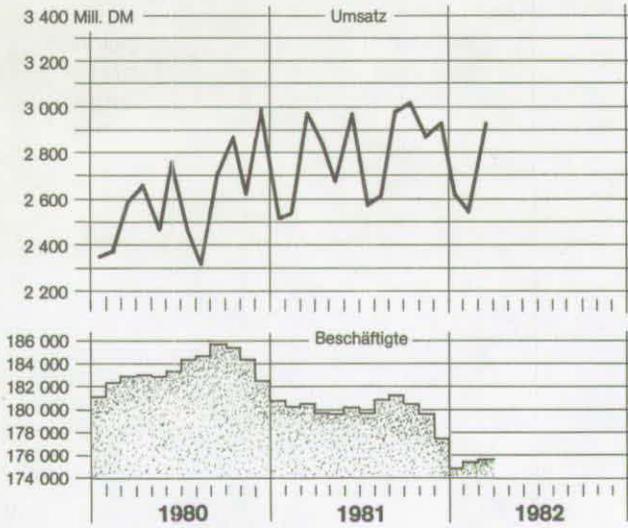
6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn, jedoch ohne Bundeswehr

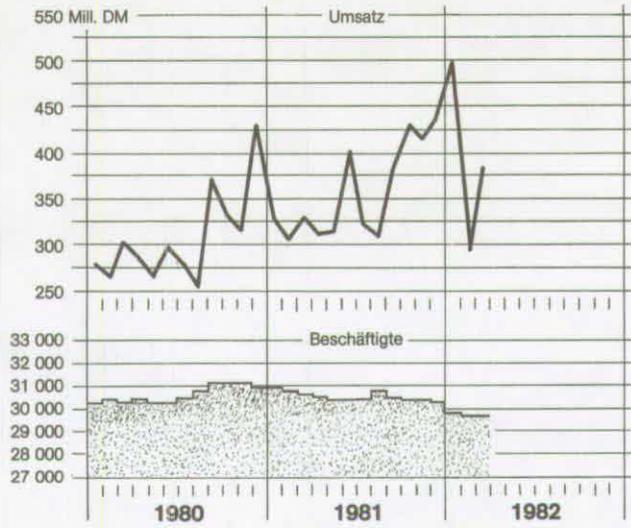
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Arbeitslose; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

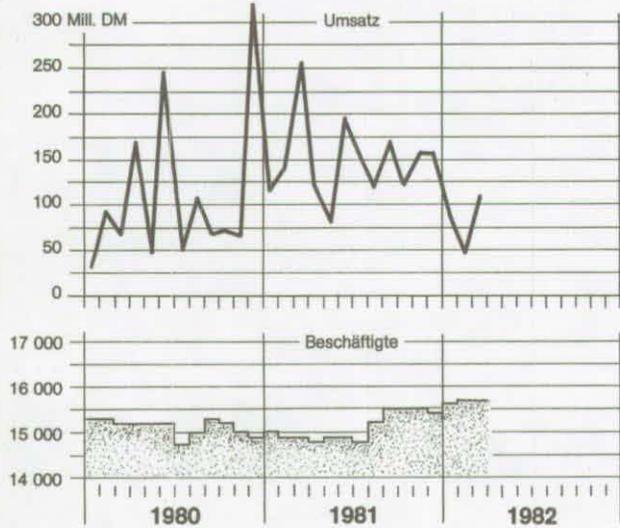
Verarbeitendes Gewerbe*



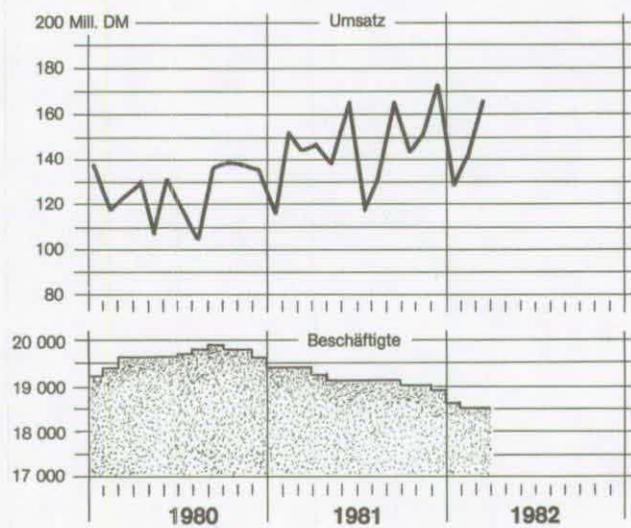
Maschinenbau*



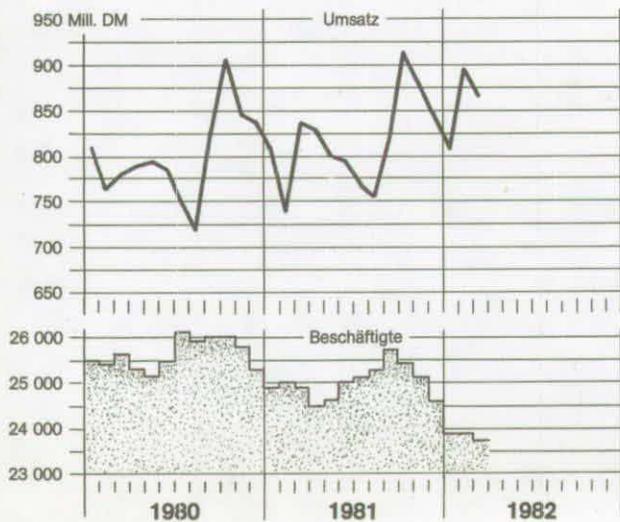
Schiffbau*



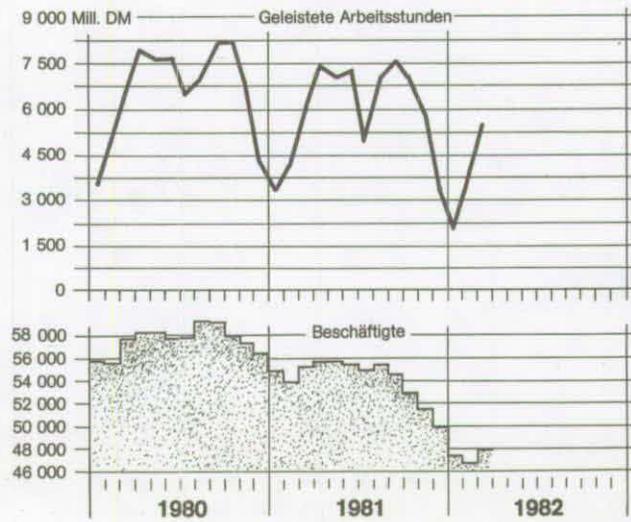
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

